

# Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 11

Duisburg, den 18. März 1933

34. Jahrgang

## Am Tage nach der nationalen Revolution

Am 5. März 1933 ist die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit in eine neue Epoche eingetreten. Die Reichstagswahlen ergaben eine völlige Verschiebung des bisherigen Kräfteverhältnisses. Der Nationalsozialismus errang mit seinen rund 44% aller Stimmen mit 288 Mandaten eine Stellung, wie sie in der Geschichte der deutschen Parlamente nur wenigen Parteien beschieden war. Neben ihm hinkt die Gruppe Schwarz-Weiß-Rot her, deren Wahlwünsche an der antisozialen Atmosphäre Hugenburgs zunichte wurden. Der Marxismus hat besonders in seinem kommunistischen Flügel eine bedeutende Niederlage erlitten, während die großen Mittelparteien (Zentrum, Bayerische Volkspartei) ihren alten Besitz erhalten konnten.

Wir wollen es anderen überlassen, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie das Wahlergebnis ausgefallen haben würde, wenn ..., wenn ..., wenn ...; das hat wenig Sinn. Dieses Wahlergebnis liegt vor uns. Das deutsche Volk hat mit ihm zu rechnen.

Das Resultat heißt: Der Nationalsozialismus ist der Sieger. Auf ihm lastet aber auch nun die schwere Verantwortung um Deutschland.

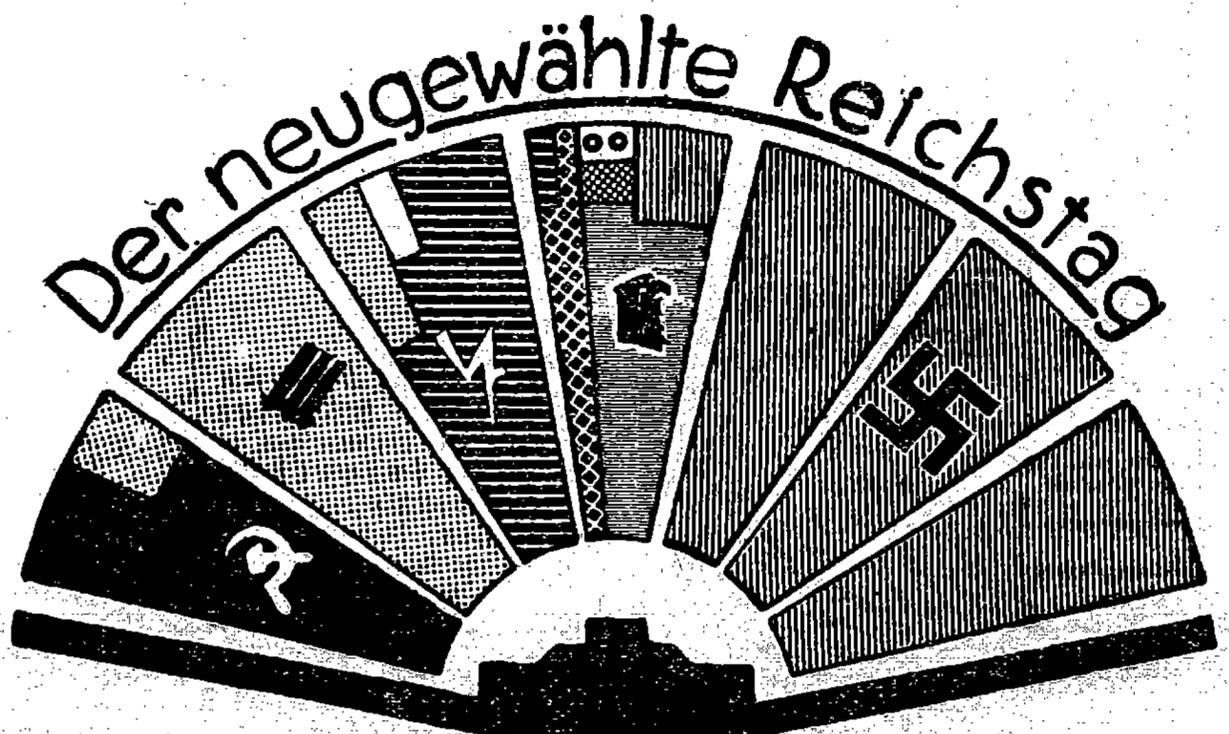
Eines aber hat diese Wahl deutlich gezeigt: Das deutsche Volk votierte für die Begriffe National und Sozial, indem es entweder seine Stimme dem Nationalsozialismus gab oder den großen Mittelparteien. Es lehnte durch diese Wahl den internationalen und marxistischen Gedanken weitgehend ab, der 1919 auch sehr große Teile des Bürgertums erfaßt hatte. Es lehnte aber auch den antisozialen Gedanken ab: das zeigt sich im Wahlergebnis der Gruppe Hugenburg. Selbst das Herausstellen anerkannt sozialer Männer reichte nicht hin, um der Reaktion Hugenburgs neuen Auftrieb zu geben. Das Zurückwerfen des Marxismus und das Aufder-Stelle-Treten Hugenburgs, welcher doch den ihm zur Verfügung stehenden staatlichen Apparat nach besten Kräften ausnutzte, zeigt den Weg, den das deutsche Volk gehen will.

Aber vielleicht liegt in diesem 5. März noch etwas anderes. Und das mag der eigentliche Sinn der neuen Revolution sein, die zwar auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, aber vielleicht mehr noch aus einer ganz anderen Betrachtungsweise der Dinge herkommt. Denn das fühlen wir alle oder wir ahnen es wenigstens,

daß wir am Beginn eines andern Schauens der Erscheinungen des uns umgebenden Lebens sind. Was sich, selbst in manchmal grotesken Ueberhebungen und Forderungen, hier zeigt, ist im Grunde nichts anderes als eine Reaktion auf ein Jahrhundert, dessen Wesen die Rechnung und das Indienststellen aller Kräfte von Natur, Wissenschaft und Arbeit für das Rechenhafte gewesen ist. Das Seelische, das Gefühl, das Menschtum wurde nicht oder nur wenig geachtet. Nun fordern diese ihr Recht. Und sie tun das mit der Gesetzmäßigkeit des Ausschlagens der Gewalt.

Diese geistige Revolution sieht nicht in erster Linie das Sein, das Gegebene, das Tatsächliche, sondern das zu Erstrebende, das Seinsollende. Sie will nicht in erster Linie das passive An-sich-kommen-lassen (weder in Politik noch in Wirtschaft), sondern ein aktives Wirken, ein Wollen, ein Tun mit Sprüngen in die Zukunft. Sie denkt weniger in ursächlichen Zusammenhängen, sondern erfüllt das, was sie will und erstrebt. Ihr Wollen hängt wie ein prächtiger Abendhimmel vor dem Ungewissen eines neuen Tages.

Dieser Tag nach der Revolution legt die Aufgabe, um die im 20. Jahrhundert überhaupt gerungen wird, auch vor die neue Regierung: nämlich den Begriffen „national“ und „sozial“ den ihnen gemäßen Inhalt zu geben. Dabei wissen wir, daß diese Begriffe von Schlacken geläutert werden müssen.



Zusammen 647 Mandate

Das „Nationale“ muß aus einer Mundangelegenheit, in die es zumal beim deutschen Volke zu leicht rutscht, zu einer tief inneren Verpflichtung für jeden und alle werden. Das heißt mehr, als bei einem „Friedericus“-Silm mit Otto Gebühr gründlich zu klatschen oder bei den prächtigen alten Militärmärschen mitzutrapeln. Das ist mal schön und gut, jedoch nur das Äußerliche. Aber national sein heißt, alle Kräfte anzuspannen, auch unter Opfern anzuspannen, für die Freiheit des Vaterlandes vom Joch von Versailles und der Kriegsschuldfrage. Das heißt weiter: mit dafür Sorge zu tragen, daß im Staatsinnern Ordnung und Sparsamkeit herrschen. Wir möchten hier nur erinnern, daß weiteste Schichten des Bürgertums seit Jahren nach Sparsamkeit in der Kommune riefen. Als Brüning aber daran ging und die Kommunen zu größerer Sparsamkeit zwang, waren es genau die gleichen Kreise, die über angeblich „falsche Sparsamkeit“ lamentierten. National?? Wenn der Begriff des „Nationalen“ geläutert vor die Nation gestellt wird und die Konsequenzen daraus gezogen werden sollen, dann dürfte es sich vielleicht doch zeigen, daß die deutsche Arbeiterschaft am wenigsten von dem wirklichen Inhalt dieser Idee entfernt gewesen ist.

Der Begriff des „Sozialen“ wird und muß eine Klärung und Vertiefung erfahren. Er ist zweifellos in den letzten Jahren etwas stark nach der Seite des rein Versicherungstechnischen abgerutscht. Und von hier aus nahm er hier und da Formen an, die weder im Interesse des Arbeiters, noch der Allgemeinheit lagen. Das „Soziale“ ist letztlich die ein Volk und eine Wirtschaft umspannende und zusammenhaltende Kraft. In ihr wirken notwendig die vom Reichskanzler Hitler scharf herausgestellten Worte der Gleichachtung und Gleichberechtigung aller Staatsbürger. Dahinein soll auch der Arbeiter. Das „Soziale“ wird das oberste Leitmotiv auch der Wirtschaft werden müssen. Nicht als ob eine „soziale Tat“ das Leben eines Betriebes unterminieren oder schwächen dürfte. Da würde sie ja letztlich unsozial wirken. Eine wirkliche Sozialpolitik wird stets beachten müssen die Produktionspolitik der Wirtschaft. Ein gutes Zusammenspiel beider Kräfte aber ist um so eher gegeben, je mehr und stärker der persönliche Unternehmer, der mit Leib und Seele am Betrieb gebundene Unternehmer, gegenüber dem Generaldirektortyp sich durchzusetzen vermag. Die größte Notwendigkeit in der sozialen Tat besteht aber in der Behebung der Arbeitslosigkeit.

Wer freilich im „Sozialen“ nur etwas Rebelhaftes und Schleierhaftes dem Volke vorsetzen will, ohne die Realitäten mit Blut und Leben zu erfüllen, der will dem Volke nur etwas vorgaukeln. Dieses Gefühl wird man nicht los, wenn man die Verlautbarungen des Zugenberg-Kreises über „soziale Idee“ und „Sozialpolitik“ vernimmt. Wenn diese Kreise heute durch den Mund des Staatssekretärs Bang den Kampf gegen „die politische Lohn- und Preisbildung“ führen, so sieht man bei näherem Zusehen das Eigenartige um den sozialen Gedanken dieser Kreise. Jedermann weiß, daß der Kartellpreis kein politischer Preis ist; anders aber ist es mit dem zwangsgeschlichteten Lohn. Wenn eine Zwangsschlichtung der Löhne generell aufhören soll, weil ein solcher Lohn ein politischer Lohn sei, wenn aber gleichzeitig der Kartellpreis als nicht politischer Preis unangetastet bleibt, dann wäre nur jene Gruppe jedes Schuhs verlustig, die bei dem heutigen Stand der Erwerbslosigkeit ihre organisatorischen Kräfte nicht genügend in die Waagschale werfen kann. Wenn sich heute der Lohn lediglich nach dem reinen Marktgeschäft orientieren sollte, ginge der Lohn hemmungslos weiter nach unten. Wir wollen nicht davon reden, daß an solchem Lohndruck sich zuletzt jede agrarische Schutzpolitik totlaufen würde, sondern daran, wie es bei einem Vorhaben der Kreise um Zugenberg möglich sein soll, den Arbeiter — nach den Worten des Reichskanzlers — zu entproletarisieren und aus der Isolierung herauszureißen.

Dabei wollen wir der Zwangsschlichtung wirklich nicht den Vorrang geben vor der grundsätzlich und praktisch vorzuziehenden freien Schlichtung. Aber wir würden es für verberblich halten, grundsätzlich die Zwangsschlichtung zu negieren. Wir kennen die antisozialen Kräfte, die nicht nur der Eingliederung der Arbeiterschaft in das Volksganze Hemmnisse

in den Weg legen, sondern die auch gegen das soziale Wollen von Teilen des Kabinetts Hemmschuhe werfen. Um so erfreulicher wirken die Worte des Führers der Preußenfraktion der Nationalsozialisten, Kube, der sich in nicht zu mißverstehender Art gegen die Wünsche einer sozialen Reaktion ausgesprochen hat.

Das ausschlaggebende Problem aber wird die Eingliederung der Arbeiterschaft in den „nationalen Staat“ sein. Es würde sich staatspolitisch verhängnisvoll bemerkbar machen, wenn der Pendel des Umschwungs etwa zu einer Ausgliederung des größten Teils der deutschen Arbeiterschaft führen sollte. Dieses Problem wird in Ernst Jüngers, des Nationalsozialisten, schwerer, aber meisterhafter Schrift, „Der Arbeiter“, geradezu zum Zentralproblem der deutschen kommenden Geschichte überhaupt. Daß sich heute Kreise ernsthaft Gedanken darum machen, welche noch vor kurzem nicht eifrig genug gegen die Gewerkschaften die Feder zücken konnten, zeigt deutlich die Größe der Aufgabe. Die „Deutschen Führerbriefe“ vom 7. März 3. B. schreiben:

Es bedeutet also keine Lösung, die Parteien und vielleicht auch die Berufsorganisationen, in denen ein großer und sicherlich der repräsentative Teil der deutschen Arbeiterschaft politisch und berufsständisch organisiert ist, zu zer schlagen, oder nieder zu halten und außerhalb des neuen Systems zu stellen. Eine Arbeiterschaft, die so intelligent, berufstüchtig und charakterlich anständig ist wie im Querschnitt die deutsche, kann nicht bekämpft oder vergewaltigt, sie kann nur gewonnen und überzeugt werden.

Ein möglicher Weg scheint uns der zu sein, die Gewerkschaften zu entpolitizieren, sie jedenfalls aus ihrem bisherigen parteipolitischen Hintergrund herauszuholen, zu wirklichen Berufsverbänden zu entwickeln und in den Unterbau des Staates einzugliedern. Es gibt lebendige und junge Kräfte in den Gewerkschaften, die selbst zu dieser Versachlichung und Anlehnung drängen, die die Gewerkschaft mehr als eine Sammlung der Elite der Arbeiterschaft mit staatspolitischer Verpflichtung ansehen denn als einen bloßen Tarifverband. Diese Umwandlung der Gewerkschaften kann allerdings nicht mit dem Typ Imbusch und Tarnow geleistet werden, sondern nur mit dem Typ Legien und Stegerwald.

Die klugen und loyalen Wendungen, die Papen bei seinen letzten Reden gegenüber den Gewerkschaften und vor allem dem DSD. gebrauchte, sind sehr beachtet worden und können die ersten Pfeiler einer Verständigungsbrücke sein. Andererseits bieten die Frische und Schwungkraft der nationalsozialistischen Bewegung sowie ihre große Volksnähe und ihr Vertrautsein mit den Massenproblemen sehr wertvolle Hilfen, um ernsthaft mit der Arbeiterschaft zusammenzukommen.

Wir möchten hier nicht die einzelnen Punkte, an denen manches Irrtümliche zu verbessern wäre, herausstellen, sondern diese Ansicht als Ganzes wirken lassen, und zwar von einer Seite, die bis vor kurzem nicht scharf genug die Gewerkschaften bekämpfen konnte.

Es wird für die Zukunft von wesentlicher Bedeutung sein, daß der Gedanke einer engeren Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Gewerkschaften neu belebt und vertieft wird.

Im übrigen haben wir als gewerkschaftliche Organisation die Rechte der Arbeiterschaft unter jeder Regierung zu vertreten und wahrzunehmen. Aber darüber hinaus kann die christliche Metallarbeiterschaft aus Tradition und Ueberzeugung nur stehen in einer wahrhaft nationalen Front. Und schließen möchten wir mit den Worten, die unser Verbandsredakteur am 8. März im „Deutschen“ schrieb: „Eine wirklich nationale und soziale Regierung wird stets eine christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung aufbauwillig mittätig finden. Eine Regierung, welche sich um das Ganze müht und die Rechte der Arbeiterschaft achtet, wird in ihrem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ringen von einer christlichen Gewerkschaftsorganisation nur unterstützt werden können.“

G. W.

## Die Gewerkschaften in Deutschlands schwerster Zeit



Der ehemalige Vorsitzende des Gewerkschaftsausschusses für die ehemals besetzten Gebiete hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er die Stellung der Gewerkschaften zu dem Volksganzen und die Verdienste um die nationalen Belange heraushebt. Er begründet den Einsatz der Arbeiterschaft für die Nation in schwerster Zeit folgendermaßen:

„Die ganze Welt weiß, daß der Rhein-Ruhr-Kampf im Jahre 1923 nur geführt werden konnte, weil sich die Gewerkschaften aller Richtungen einig waren in dem Gedanken der Abwehr der separatistischen Bestrebungen und einig waren in der Abwehr der Machtansprüche eines Teiles der Besatzungsmächte.

Es wird leicht sein, in den Akten der Reichsregierung festzustellen, wie viele unserer Anhänger mit schweren Gefängnisstrafen belegt, mit Weib und Kind vom Haus und Hof vertrieben wurden, wie es auch leicht sein wird, festzustellen, welche schweren Leiden ein Teil unserer führenden Leute in den langen Besatzungsjahren ausgeht war. All das ist der Reichsregierung bekannt, und in den harten Jahren der Abwehrkämpfe haben führende Männer der Regierung, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehörten, ebenso leitende Staats- und Kommunalbeamte öffentlich und freimütig das selbstlose nationale Verhalten der Mitglieder der Gewerkschaften und ihrer Führer anerkannt.

Auch die Reichsregierung hat wiederholt ihre Anerkennung über die vaterländischen Dienste der Gewerkschaftsmitglieder

schriftlich und mündlich zum Ausdruck gebracht. Auch Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, haben öfters diese hohe, von großer Vaterlandsiebe getragene Pflichterfüllung anerkannt. So zuletzt noch gegenüber dem Schreiber dieser Zeilen gelegentlich der Befreiungsfeier im Mainzer Schloß im Juni 1930.

Der Glaube an das deutsche Volk hat uns damals die Kraft gegeben, diese Kämpfe zu führen und dadurch die Einheit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches zu wahren. Niemals hätte es jemand für möglich gehalten, daß sich die überall, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt, selbst von den ehemaligen Gegnern geachteten Kämpfer für die Einheit des Reiches von höchsten Reichs- und Staatsbeamten öffentlich als Verbrecher und Schädlinge des Volkes bezeichnen lassen müssen.

Wir können es nicht dulden, daß man uns aus der deutschen Nation auszuschließen versucht. Wir haben für unser deutsches Volk im Krieg, während der langen Besatzungszeit und besonders im Rhein-Ruhr-Kampf gekämpft und gelitten, nicht um dafür besonders bedankt zu werden, sondern aus unserer selbstverständlichen nationalen Pflichterfüllung heraus. Das ist es, was den ehemaligen Vorstand des Gewerkschaftsausschusses für die besetzten Gebiete zwingt, Ihnen Herr Reichspräsident, die dringende Bitte zu unterbreiten, diesem unschönen und unwahren, der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht schlagenden und das Volk zerreißen Treiben Einhalt zu gebieten.“

Dazu bedarf es keiner weiteren Worte. Die Tatsachen sprechen für sich selbst.

## Die Großbourgeoisie in Deutschlands schwerster Zeit



Es gab Parteilisten, welche im Wahlkampfe und auch vorher den nationalen Geist, die nationale Gesinnung und die nationale Tat der deutschen Arbeiterschaft und der deutschen Gewerkschaftsbewegung diffamierten. Ja, man sprach ihnen ein nationales Verstehen sogar ab. Und das geschieht ausgerechnet von gewissen politischen Führern der Großbourgeoisie. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft noch nie den deutschen Staat an die Gurgel packte, wenn er sich in Not befand, um noch etwas für sich herauszuquetschen. Ueberwältigung des Spartakismus, Ueberwältigung des Separatismus, Kampf gegen die Eindringlinge 1923 — das waren die Taten der deutschen Arbeiterschaft um das deutsche Volk. Die Arbeiterschaft verlangte keinen Lohn dafür.

Wie aber verhielten sich in der gleichen Zeit die Prominenten der Großbourgeoisie? Was taten sie in der gleichen Zeit für Deutschland und das deutsche Volk? Wir möchten hier aus dem Buch „Wie sie groß und reich wurden“ von Morus einige Zeilen bringen über die Politik von Hugo Stinnes († 1924). Er war der Wortführer der deutschen Schwerindustrie und der Mächtigste der deutschen Industriellen. In seinem Bestreben, ein ungeheures Industriereich als Hausmacht zu schaffen, will er auch an die Deutsche Reichsbahn heran. Morus schreibt darüber:

### Der Angriff auf die Reichsbahn

Näher dem Ziel, wenn auch nur einen Augenblick, ist Hugo Stinnes bei seinen Bemühungen, die Transportmittel zu Lande, vor allem die deutsche Reichseisenbahn unter seine Gewalt zu bekommen. Die Durchführung dieses gigantischen Planes wird mit allen Sinesen eingeleitet. Zur Vorbereitung dient ein wahres Trommelfeuer der von Stinnes geleiteten Presse. Hugo Stinnes hat nämlich bereits zu Anfang des Jahres 1920 aus dem Nachlaß des Verlegers Reimar Hobbing die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt

und damit das alte offiziöse Blatt der Reichsregierung und der preussischen Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (die frühere „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“), gekauft. In diesem Organ, das im Gegensatz zur Stinnes-Flotte nach außen hin nicht die Stinneschen Hausfarben zeigt und sogar noch eine Zeitlang die Regierungssubventionen weiterbezieht, eröffnet nun Stinnes einen wilden Kampf gegen die „Unwirtschaftlichkeit“ der Reichseisenbahn. Der Staat, ist der immer wiederkehrende Refrain, arbeitet unrentabel: folglich muß die Eisenbahn den erfahrenen und erfolgreichen Männern der Privatwirtschaft, also in erster Linie den Großindustriellen, übergeben werden. Das Stinnesche Hausblatt wird in dieser Forderung von einem guten Chor anderer Presseorgane unterstützt, die mit Stinnes



Hugo Stinnes

durch seine Beziehungen zu dem früheren Krupp-Direktor und Organisator der großbourgeoisigen Presse, Sugenberg, finanziell in Verbindung stehen.

So ist das Terrain zu einem Handstreich auf den wertvollen Besitz des Reiches sturmreif gemacht, als die Reichsregierung infolge der Reparationszahlungen in eine schwere Finanzkrise gerät. Da man sich die erforderlichen Devisen bei dem erforderlichen Steuersystem nicht beschaffen kann, ohne die Währung vollkommen zu ruinieren, wird von verschiedenen Seiten der Vorschlag gemacht, die Regierung soll zehn oder zwanzig Prozent des Sachwertbesitzes der Industrie, der Landwirtschaft, der Banken und des Handels mit Beschlagnahme belegen, um daraus die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Situation ist für die Kriegs- und Inflationsgewinnler bedrohlicher als alle Sozialisierungspläne, die ja auf dem Papier stehengeblieben sind. Da kommt die Großindustrie mit einem Gegenvorschlag. Sie erklärt sich bereit, dem Reich zur

Erfüllung der Reparationen eine Milliarde Goldmark vorzuschließen — statt einer Steuer, also eine Anleihe des Reiches bei der mächtigsten Kapitalgruppe. In der Regierung ist man schon geneigt, das Angebot anzunehmen. Da stellt die Industrie, unter Führung von Hugo Stinnes, für ihre Goldmilliarde eine Bedingung: Als Gegenleistung oder vielmehr um das Reich von einer peinlichen Last, der es sich nicht gewachsen zeigt, zu befreien, wird verlangt, daß die Eisenbahnen den „erwerbenden Ständen“, vor allem der Industrie, übergeben wird.

Dieser allzu durchsichtige Versuch, die Not des Reiches zu einem Privatgeschäft von größten Ausnahmen auszunutzen — der Wert der Reichsbahn wurde vor dem Kriege von Helfferich auf 20 Milliarden Goldmark geschätzt, und der Reingewinn belief sich jährlich auf eine Milliarde Goldmark —, erregt in der gesamten Öffentlichkeit und sogar bei den engeren politischen Freunden des inzwischen auch zum Reichstagsabgeordneten avancierten Hugo Stinnes heftigsten Widerspruch. Auch die Regierung lehnt trotz aller Finanznöte das Stinnes'sche Projekt ab, und damit ist der kühnste, aber zugleich auch der plumpste Plan, den Hugo Stinnes je verfolgt hat, gescheitert.

### Ruhrbesetzung das „kleinere Übel“

Hugo Stinnes gilt im Ausland als die Verkörperung eines Deutschlands, das zwar reich genug ist, um auch im Auslande große Erwerbungen vorzunehmen, aber sich für unfähig erklärt, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Jede Vermehrung des Stinnes'schen Weltreiches leitet neues Wasser auf die Mühlen der französischen Nationalisten. Und Stinnes, der kluge Geschäftsmann, ist noch unbesonnen genug, die Wirkungen seiner Taten durch aggressive Reden zu unterstreichen. Wenige Monate vor Rathenaus Ermordung wirft er dem eben zum Außenminister ernannten Walter Rathenau vor, der von ihm in Wiesbaden mit dem französischen Minister Loucheur abgeschlossene Sachlieferungsvertrag, das erste Abkommen nach dem Kriege, bei dem Deutsche und Franzosen einigermaßen gleichberechtigt miteinander verhandelten, sei „kein Vertrag, sondern eine gefährliche Option zugunsten Frankreichs“<sup>1)</sup>, was Hugo Stinnes aber nicht hindert, einige Monate später mit dem französischen Marquis de Lubersac auf Reparationskonto, also auf Kosten des Reiches, den ersten Sachlieferungsvertrag im Werte von 1500 Millionen Goldmark abzuschließen, wobei sich Stinnes eine Provision von 90 Millionen Goldmark ausbedingt.

Ähnlich ist es mit der Ruhrbesetzung: „Ich muß betonen“, erklärt er im Juni 1922 auf einer Tagung nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen, „die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, halte ich für ein geringeres Übel. Eine weitere Besetzung würde den Franzosen zeigen, daß sie damit nichts erreichen, sondern daß sie nur erhöhte Unkosten verursacht, und daß sie kein Geld bekommen. Man darf also nur endgültige Lösungen treffen, und wir müssen darauf dringen, daß die Quacksalberei mit unerträglichen Mitteln endlich einmal aufhören muß“<sup>2)</sup>. Als dann ein Jahr später die Ruhrbesetzung Tatsache geworden ist, die zwar den Franzosen nicht allzuviel Geld, aber der deutschen Währung und fast auch dem Deutschen Reich den völligen Ruin gebracht hat, ist Hugo Stinnes wiederum der erste, der den französischen General Degoutte um die Genehmigung bittet, daß die Arbeitszeit der deutschen Bergleute unter Tage auf neun Stunden, über Tage auf zwölf Stunden verlängert wird. Und gleichzeitig setzt Stinnes' Generaldirektor Dögler die Unterschrift unter die neuen Reparationsverträge, die dem Kohlenbergbau schwerste Lasten auferlegen.

Als Reparationspolitiker handelt Hugo Stinnes eben genau so wie sonst als Geschäftsmann. Da er gewohnt ist, seinen eigenen Vorteil stets mit dem Vorteil für die Allgemeinheit zu identifizieren, so fragt er nur danach, was für ihn als Unter-

nehmer in jeder Situation das Zweckmäßigste ist. Möglichste Ausschaltung des Staates, unbeschränkte wirtschafts- und sozialpolitische Freiheit für die Großindustriellen, das heißt, für ihn selbst: das ist das A und O seiner ganzen Politik. Man braucht dabei durchaus nicht zu unterstellen, daß es ihm mit dem Interesse für das Gemeinwohl, das er ständig im Munde führt, nicht ernst sei. Aber er ist trotz aller äußeren Bescheidenheit so von sich durchdrungen, daß persönliches Interesse und Staatsinteresse, Eigennutz und Nutzen für die Allgemeinheit ihm ein und dasselbe sind.

### Auf Kosten der Mark

Auf einem Gebiet wird es schwer, zu glauben, daß der kluge Hugo Stinnes den Unterschied zwischen dem eigenen Vorteil und dem offenkundigen Nachteil für die Allgemeinheit nicht gesehen hat: nämlich auf dem Gebiet der Geldentwertung, über dessen Mechanismus Stinnes doch sicher besser als irgendein anderer Bescheid wußte. Zwar hat er noch kurz vor seinem Tode zu seinem Freunde und Helfer Zugenberg gesagt:

„Sehen Sie, man hat doch nicht umsonst sein ganzes Leben geschafft; man hat auch nicht nur gearbeitet, um Geld zu verdienen, und wenn es einem gelungen ist, in den kritischen Zeiten Sachwerte anzuhäufen und mit diesem Beispiel vielleicht auch anderen den Weg zu weisen, daß sie ein gleiches taten, und damit einige feste Säulen in Deutschland aufrechterhielten, so hat man es doch schließlich deshalb getan, um, wenn einmal die Zeit gekommen ist, wenn es sich nicht nur darum handelt, sich von denen, die nicht wissen, worauf es ankommt, die Macht aus der Hand nehmen zu lassen, sondern wenn es sich darum handelt, auf der Grundlage der Einheit des Reiches unseren politischen Aufstieg zu sichern, dann Opfer bringen zu können“<sup>3)</sup>.

Der in geschäftlichen Dingen so scharfe Logiker Stinnes hätte demnach gar nicht bemerkt, daß die, wie er selbst meint, „vorbildliche Anhäufung von Sachwerten“ gleichzeitig Tausende von anderen Deutschen eben dieser Sachwerte beraubt, sie um ihre Existenz und ihre Ersparnisse gebracht hat? Wären wirklich alle dem Stinnes'schen Beispiel der Sachwertanhäufung oder auch nur der Bewahrung ihrer Sachwerte gefolgt, nun, dann hätten Hugo Stinnes und die anderen Inflationsgewinnler ihre ungeheueren Sachwertvermögen gar nicht erst zusammenbringen können.

Hugo Stinnes, der größte Nutznießer der Inflation, hat tatsächlich bis zuletzt, bis zur vollständigen Entwertung der Mark, alle Stabilisierungsversuche bekämpft, mit der Begründung, daß man „nicht voreilig“ stabilisieren und sich nicht auf „halbe Lösungen“ einlassen dürfe. Während er dieses „Alles oder Nichts“-Prinzip verkündete, verdiente er selbst an der immer weiter fortschreitenden Inflation. Auch noch nach der Stilllegung der Notenpresse und der Einführung der Rentenmark setzte Hugo Stinnes diesen Kampf fort. „Hauptsache war ihm stets, die Einheit des Deutschen Reiches aufrechtzuerhalten“, hat Zugenberg in dem Nachruf auf Stinnes rühmend hervorgehoben. Aber von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wissen wir, daß Hugo Stinnes in den kritischen Augenblicken für die Reichseinheit im Rheinland einer der Führer der Bewegung war, die auf die Errichtung einer eigenen rheinisch-westfälischen Notenbank hinarbeitete, was „womöglich den Anfang einer Loslösung des Rhein- und Ruhrgebietes bedeutet hätte“<sup>4)</sup>. Und als der damalige Währungskommissar Dr. Schacht in dem Bestreben, die letzten Inflationen auszurotten, die Einlösung des im besetzten Gebiet ausgegebenen Notgeldes durchsetzt, tritt Stinnes — drei Monate vor seinem Tode — noch einmal in offene Rebellion gegen den Staat. Genau wie er früher Rathenau bekämpft hat, so erklärt er jetzt der Reichsregierung, „daß die rheinische Wirtschaft es ablehnen müsse, mit Herrn Schacht noch weiter zu

<sup>1)</sup> „Hugo Stinnes' Selbsteingang“, Berlin 1924, Seite 70 (Zugenbergs Gedächtnisrede auf der Hauptversammlung des Bergbau-Vereins).

<sup>2)</sup> Hjalmar Schacht, „Die Stabilisierung der Mark“, Berlin und Leipzig 1927, Seite 78.

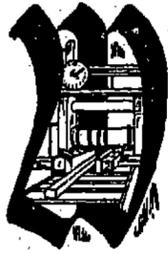
<sup>3)</sup> Brief von Hugo Stinnes an die „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Februar 1922.

<sup>4)</sup> „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. April 1922.

verhandeln." Ob es um die „Hauptsache“ oder um Nebensachen, ob es um die Reichseinheit oder die Erhaltung der Währung geht, um Reparationen oder um Lohnfragen, um Staatsbetriebe oder um die Arbeitszeit: Hugo Stinnes erscheint jeweils das als richtig und gut, was für ihn als Privatunternehmer am einträglichsten ist.

Soweit Morus in seinem Buch. Wir wollen dem nichts hinzusetzen, oder höchstens das eine, daß die Bourgeoisie für Reich und Volk viel nationale Worte und wenig nationale Taten, die Arbeiterschaft aber wenig nationale Worte und viele nationale Taten vollbrachte. Das neue werdende Deutschland darf das nicht vergessen. . . r . .

## Aus der Arbeit unserer Betriebsvertreter



Wir haben in den letzten Nummern unseres Verbandsorgans von der Tätigkeit unserer Betriebsvertreter gesprochen und wollen heute das Ergebnis von 174 Berichten von Betriebsvertretern auswerten. Auf unsere Frage: „Wird von Seiten der Betriebsleitung versucht, die Arbeit der Betriebsvertreter zu behindern und wodurch?“, antworteten 126 Befragte mit „Nein“. Also fast drei Viertel der in Frage kommenden Arbeitgeber versuchen mindestens keine merkliche Behinderung der Betriebsratsarbeit. Wir gestatten uns hier einzuwenden, daß es sich nicht etwa um Kleinbetriebe handelt. In den 174 Betrieben sind 131 165 Arbeiter beschäftigt, es sind Groß-, Mittel- und Betriebe von 20—50 Arbeiter dabei. Und bei dieser Mischung ist es erfreulich, daß drei Viertel ihre Betriebsräte unbehindert arbeiten lassen. 44 Betriebsvertreter schreiben von Behinderung. Die Art der Behinderung ist manchmal recht häßlich und kleinlich. Da wird kein Betriebsratsbüro gestellt, oder man stellt einen Raum in einer abgelegenen Ecke, oder direkt durch die Betriebsbüros kontrollierbar. Oder die Betriebsvertreter werden bzgl. ihrer Betriebsratszeit zu scharf kontrolliert, teilweise benachteiligt, gelegentlich verfehlt usw. Man wehrt sich dagegen, hat dabei Erfolg, da wird mit einer anderen Schikane begonnen. Aber unsere Leute geben nicht nach, immer wieder machen sie sachlich und ernst auf ihre Rechte aufmerksam und: „es ist gegen früher doch merklich besser geworden“, diese Feststellung tröstet die Betriebsräte über manches hinweg.

Bei der Frage „Zahl der Sitzungen“ werden 1105 mit und 3310 ohne Arbeitgeber angegeben, ferner 235 mit Teilnahme von Verbandsvertretern. Das sind im Durchschnitt 27 Sitzungen pro Jahr und Betrieb. Wenn man berücksichtigt, daß in den großen Betrieben wöchentlich Sitzungen stattfinden, so muß man anerkennen, daß die Betriebsräte nicht zu viel Sitzungen abhalten. Ein Teil findet zudem außerhalb der Arbeitszeit statt. Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß werden 40 gemeldet, vor dem Arbeitsgericht 113. An sich niedrige Zahlen, aber Verhandlungen vor den Schlichtungs- und Arbeitsgerichtsbehörden sollen auch mehr den Gewerkschaften vorbehalten bleiben. Anders ist es beim Verkehr mit den Gewerbeaufsichtsbehörden. Da werden 180 Anrufe, 235 Verhandlungen und 384 Berichtigungen gemeldet. Eine Anzahl Betriebsvertreter berichtet darüber hinaus über regelmäßige Besichtigungen der Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbeamten zum Teil auch durch Gewerbeärzte. Hier handelt es sich um eine sehr wichtige, dankbare Tätigkeit der Betriebsvertreter. Man denke nur an den Unfall- und Gesundheitsschutz. Wurden doch allein in der Metallindustrie 1930 272 216 Unfälle und 4048 Berufskrankheiten gemeldet. Tödliche Unfälle waren es 1045. Wenn auch nur 18 076 Unfälle und 527 Berufskrankheiten erstmals entschädigt wurden, so läßt sich doch leicht ermessen, wie wertvoll es ist, auf diesem Gebiete alle Kräfte einzusetzen. Wir bedauern, daß von den 174 Betriebsvertretungen 42 den § 77 BRG. unbeachtet lassen, nach welchem ein vom Betriebsrat bestimmtes Mitglied bei Unfalluntersuchungen teilnehmen soll. Nach § 78 hat der Arbeiterrat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten. Das beachten 34 Betriebsvertretungen nicht, und um Kriegs- und Unfallbeschädigte kümmern sich 52 nicht, sie überlassen diese Sorge zum Teil besonderen Beschädigtenkommissionen. Das muß künftig anders werden, die Rechte und Pflichten des Gesetzes müssen voll ausgeschöpft, resp. erfüllt werden. Erfreulich ist, daß der Verkehr zwischen Gewerbeaufsichtsbehörden und

Betriebsvertretern sich freundlicher gestaltet hat. Daraus ist zu hoffen, daß das auch da noch eintritt, wo heute noch kalte und gleichgültige Verhältnisse bestehen.

Auf die Frage: „Wird § 71 BRG. eingehalten?“ antworten 121 Berichte mit „Ja“ und 46 mit „Nein“. Es handelt sich dabei um das Recht auf Kenntnis der Betriebsvorgänge, Vorlage der Lohnbücher und Unterlagen zur Durchführung von Tarifverträgen. Ferner gehört hierher die Erstattung des Viertelsjahresberichtes. In den großen Betrieben haben die Betriebsvertreter damit weniger Anstände, da sind die Arbeitgeber nicht so kleinlich. Sie wissen, das sind Rechte des Betriebsrats, hinter dem die Gewerkschaften stehen und damit wollen sie nicht dauernd Streit. In mittleren und kleineren Betrieben macht man mehr Widerstände. Aber wo entschlossene Betriebsvertreter sind, sehen sie sich auch da durch. Einige Betriebsräte berichten, daß die Betriebsausschüsse, die rot zusammengesetzt sind, da und dort auf die Rechte, auf § 71, verzichten, sich wenig daraus machen. Das ist grundfalsch. Gerade § 71 ist geeignet, den Arbeitern durch die dauernde Unterrichtung über Betriebsvorgänge auch wirtschaftspolitische Kenntnisse zu vermitteln, ohne die der Aufschwung des Arbeiterstandes erschwert ist. Die Viertelsjahresberichte werden leider vielfach recht lax und nichts sagend gegeben. Da muß durch das Fragerecht der Betriebsvertreter langsam, aber sicher Besserung angestrebt werden.

Sprechstunden sind in 98 von 174 Betrieben eingerichtet, der Besuch ist sehr unterschiedlich. Wenn in 56 Betrieben keine Sprechstunden eingeführt sind, so ist damit nicht gesagt, daß hier nichts geschieht, im Gegenteil, über 30 Berichte sagen, daß hier die Arbeiter jederzeit an die Betriebsvertreter herantreten können. Das ist oft auch dort der Fall, wo freigestellte Betriebsräte vorhanden sind. Wenn diese aber dazu neigen, „Mädchen für alles“ zu sein, dann ist das vom Uebel, weil die übrigen Arbeiterratmitglieder kaltgestellt werden, worüber häufig geklagt wird.

Der § 78 BRG. ist der wichtigste für den Arbeiterrat. Durch ihn sind seine Aufgaben umschrieben. Und man darf feststellen, daß sich die Arbeiterräte bemühen, ihren Aufgaben nachzukommen, auch dann, wenn ihnen Unannehmlichkeiten und viel Arbeit entgegenstehen. Bei der Durchführung der zugunsten der Arbeitnehmer erlassenen Vorschriften, Tarifverträge und Schiedsprüche wirkten von den 174 Betriebsvertretungen 150 = 86% mit, nur 24 nicht. Bei der Festsetzung der Akkorde wirkten 127 = 73% mit, bei der Festsetzung der Arbeitszeit 153 = 86%, bei der Regelung des Urlaubs 142 = 82%, bei Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge 99 = 56%, bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren 140 = 80%, bei der Betreuung der Kriegs- und Unfallbeschädigten 122 = 70%, bei der Verhängung von Strafen (§ 80 BRG.) 126 = 73%. Ihre Erfahrungen bei Entlassungen und der Erledigung von Einsprüchen auf Grund der §§ 84—90 bezeichnen 127 = 73% als gut, 46 bezeichnen sie als schlecht. Die Erfahrungen mit § 96 ff., betreffend den Entlassungsschutz der Betriebsvertreter, bezeichnen 83 = 48% als gut, 32 als schlecht und 59 melden, daß sie damit noch nichts zu tun hatten.

Man könnte dieses zahlenmäßige Ergebnis, namentlich angesichts der Wirtschaftskrise der letzten Jahre, als gut bezeichnen. Es wird auch anerkannt, daß sich die Betriebsräte stark bemüht haben, gute Leistungen aufzuweisen. Aber ein gut Teil der — namentlich langjährigen — Betriebsvertreter gibt

doch zu, daß es dem Betriebsrat schwer fällt, in wirtschaftlichen Streitfällen, d. h. da, wo es Geld kostet, größere und dauernde Erfolge zu erzielen. Trotz Entlassungsschutz ist das Mitglied der Betriebsvertretung eben zunächst Arbeitnehmer, es befindet sich in abhängiger Stellung dem Arbeitgeber gegenüber. Denken wir nur an die so wichtige Frage der Akkordstreitigkeiten. Immer wieder kommt die Mahnung an die Gewerkschaften, schafft doch bessere ins einzelne gehende Akkordsicherungsbestimmungen im Tarifvertrag, wir können sonst vielfach nichts erreichen, der Einfluß des Arbeitgebers ist zu stark. Dasselbe trifft zu bei Arbeitszeitsfragen, Regelung des Urlaubs, Lohngestaltung der „Minderleistungsfähigen“, um diesen Sammelnamen zu gebrauchen, usw.

Wir hatten auch die Frage gestellt: „Fühlt sich die Betriebsvertretung in ihrer Stellung dem Arbeitgeber gegenüber anerkannt, gleichberechtigt oder nur geduldet oder unterdrückt?“ 112 = 64% der Antworten lauten auf anerkannt und gleichberechtigt, 62 sagen, man verhandelt mit uns, weil man muß, wir sind nur geduldet, wenn heute das Gesetz aufgehoben wird, freut sich der Unternehmer. Und ein guter Teil schreibt, wir setzen uns zwar durch, aber wenn unsere Forderungen Geld kosten, dann ist der Teufel los, dann wird der Kampf hart.

Was folgt daraus. Das BRG. und die Tätigkeit der meisten Betriebsvertreter sind gut und für die Arbeiterschaft äußerst wertvoll. Es muß auch künftig alles nur mögliche getan werden, um die Betriebsvertreter geistig zu schulen und zu bilden.

Aber sie können kein Ersatz der Gewerkschaften sein. Und viele Menschen, die heute davon sprechen, daß man an Stelle der Zentralgewerkschaften jedem Betrieb seinen Werkverein geben soll, und daß dann mit den Betriebsvertretungen Betriebsvereinbarungen an Stelle der Tarifverträge abgeschlossen werden sollen, die verstehen entweder von den Dingen nicht viel, oder sie denken offensichtlich an eine Schädigung der Arbeiterschaft, sie hoffen, mit den Betriebsräten billiger wegzukommen als mit den Gewerkschaften.

Diese Gedankengänge darf die Arbeiterschaft gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht übersehen. Die neuen Regierungsmänner sprechen von Umgestaltung, „Nationalisierung“ der Gewerkschaften. Unsere christlichen Gewerkschaften sind national. Daran braucht nichts geändert zu werden. Sie sind allerdings auch unabhängig und zentral durchorganisiert. Mögen sich die neuen Regierungsleute, insbesondere Reichskanzler Hitler und seine Parteigenossen nicht von der Reaktion beeinflussen lassen, um der Arbeiterschaft ihre einzige Stärke und Stütze zu zerschlagen. Es würde sich zweifellos bitter rächen.

Wir stehen aber auch unmittelbar vor den Betriebsratswahlen. Sie müssen einen Sieg der Vorschlagslisten der christlichen Gewerkschaften bringen. Gegen den Marxismus, aber nicht für eine andere Partei, sondern für die Leute der christlich-nationalen Gewerkschaften. Damit hat die Arbeiterschaft und die Betriebsvertretung den Rückhalt, den sie so nötig braucht.

Ungert.

## Kontingentierung – eine wirtschaftsfördernde Maßnahme?

**W**an wird sich bei der Beurteilung wirtschaftlicher Probleme stets über zwei Voraussetzungen ins Klare kommen müssen: über die Art, wie man eine Sache angreifen will, und über den Grad des Erfolges, den man mit den gegebenen Mitteln erreichen kann. Denn jede Gruppe von Maßnahmen, die nicht absolut zweiseitiger Wollen und Können oder, mit anderen Worten, Einsatz der Mittel und erreichbaren Erfolg gegeneinander abgewogen hat, wird zu einem ökonomischen Mißerfolg führen müssen. Sofern von einem solchen Fehlschlag eine Einzelpersonlichkeit oder eine Unternehmung privater Art betroffen wird, kann es der Allgemeinheit gleichgültig sein, warum und wieso dem Wollen der Erfolg versagt geblieben ist. Handelt es sich aber um die Lebensinteressen eines Volkes, also um volkswirtschaftliche Interessen im weitesten Sinne, dann wird die sachliche Kritik sich mit einer solchen Problemstellung sehr sorgfältig auseinanderzusetzen haben; denn es ist ein bitterer Erfahrungssatz, daß sich ein Fehler in der Wirtschaftsführung eines Volkes stets auf die breitesten Schichten verteilt und weit über seine ursächlichen Wurzeln hinausgeht. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, tritt auch das viel umstrittene Problem der Kontingentierung der deutschen Agrareinfuhr in ein ganz spezifisches Licht.

Der Zweck der angestrebten Kontingentierung ist die weitere Erschließung des deutschen Verbrauchermarktes für die Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft. An sich ein Bestreben, das in seiner Zielsetzung zu verstehen und zu würdigen ist. Aber es entsteht die sehr ernste Frage, ob der Einsatz, mit dem man diesen Erfolg erzielen will, des Erfolges verlohnt und ob das erreichbare Resultat mit der Zielsetzung in Einklang zu bringen ist. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen: so einfach, wie die Tagespresse und der optimistische Wille der interessierten Kreise die Lösung dieses Fragenkomplexes ansieht, liegen die Zusammenhänge tatsächlich nicht, und es ist eine unbeantwortete Frage, ob auf dem ausgedachten Wege überhaupt ein Erfolg, wie er den Befürwortern der Kontingentierung vorschwebt, zu erzielen ist. Nachfolgende Überlegungen mögen diese kritische Einstellung rechtfertigen.

Gehen wir davon aus, daß es sich bei der Kontingentierung um „landwirtschaftliche“ Einfuhrgüter handelt, und zwar um solche, die der deutsche Landwirt selbst erzeugt oder verstärkt erzeugen soll, so werden wir – beschränken wir uns auf die europäischen Bezugsländer – zunächst einmal danach zu fragen haben, um was für Einfuhrgüter es sich denn in erster Linie handeln kann und welche außerdeutschen Wirtschaften von einer solchen Einfuhrdrosselung betroffen werden. Um diese Feststellung brauchbar eingliedern zu können, habe ich im folgenden eine größere Zahl von vergleichenden Aufstellungen eingefügt. Aus der Besprechung derselben werden sich die Antworten auf die verschiedenen Fragen dann auch nacheinander ergeben.

Ich habe dabei zur Grundlage meiner Untersuchungen zehn der wichtigsten europäischen Volkswirtschaften herangezogen, und zwar Schweden, Dänemark, England, Holland, Belgien-Luxemburg, Frankreich, Italien, Rumänien, Tschechoslowakei und Polen. An Hand der Wirtschaftsaustausche dieser Länder mit unserer Volkswirtschaft lassen sich wertvolle Schlüsse auf das Problem und vor allem bezüglich seiner Zusammenhänge ziehen.

Da entsteht gleich als erstes die Frage: Was wird denn überhaupt an wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen von Deutschland im Auslande gekauft?

Die Antwort lautet: Butter, Eier, Fleisch, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Käse, Weizen, Roggen, Gerste, Kartoffeln, Bohnen, Rindvieh, Schweine und Milch.

Die Einfuhrregelung dieser Warengüter wird also die Gesetzgebung zu erfassen haben. Sowohl der Art wie der Höhe nach.

Will man sich aber eine Vorstellung davon machen, worum es sich dabei lehten Grundes handelt, so muß man zunächst einmal wissen, wie bedeutend diese Einfuhr denn gegenwärtig ist, also ob es sich endlich und schließlich überhaupt verlohnt, die Einfuhr im Interesse des Volksganzen zu drosseln; denn last not least ist das gesamte Volk doch der Konsument und die deutsche Landwirtschaft nur der tatsächliche oder erst zukünftige Produzent.

Gegenwärtig nun liegen die Dinge wie folgt:

Das deutsche Volk braucht zu seiner Ernährung einen bestimmten Teil von Verzehrsgütern über die Erzeugungsmenge seiner eigenen Landwirtschaft hinaus. Ob die deutsche Landwirtschaft diese wird erzeugen können und auf welche Weise und mit welchen Mitteln, bleibe hier unbeantwortet. Fest steht, daß sie zur Zeit den Bedarf nicht decken kann. Als Folge davon muß der deutsche Verbraucher im Auslande kaufen, und zwar, wie meine Feststellungen ergeben haben, unterschiedliche Arten und Mengen bei den verschiedensten benachbarten und entfernteren Wirtschaften. Bleiben wir bei den benachbarten in Europa. Da ergibt sich folgendes Bild:

Einfuhr (in Millionen Reichsmark)

	Butter		Eier		Fleisch		Gemüse		Obst	
	1931	1930	31	30	31	30	31	30	31	30
Schweden . . . . .	15.6	30.9	1.4	2.9	1.0	1.3	—	—	0.4	1.4
Dänemark . . . . .	71.7	129.4	11.0	12.1	17.0	18.2	—	—	—	—
England . . . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Holland . . . . .	38.7	83.6	53.1	69.0	16.1	19.1	42.1	55.3	5.7	11.0
Belgien . . . . .	1.1	1.9	8.6	13.7	—	—	1.4	2.3	0.7	3.9
Frankreich . . . . .	—	—	—	—	—	—	9.3	13.3	8.9	15.5
Rumänien . . . . .	—	—	14.3	22.8	2.4	1.7	—	—	4.1	4.5
Italien . . . . .	—	—	8.4	9.0	—	—	21.7	27.4	79.6	103.3
Tschechei . . . . .	0.5	1.0	1.2	2.6	1.3	2.5	—	—	3.9	8.0
Polen . . . . .	14.3	17.9	4.0	14.3	1.8	2.8	—	—	—	—
	141.8	264.7	107.0	150.8	39.6	45.4	74.5	98.3	103.3	142.6

Dazu kommen weitere

	Käse		Weizen, Roggen, Gerste			Rinder, Schweine, Milch		
	1931	1930	31	30		31	30	
Dänemark . . . . .	—	—	0.4	3.9	Gerste	14.8	50.7	Schweine
Schweden . . . . .	4.0	5.8	—	2.1	Weizen	0.3	1.5	Rinder
England . . . . .	1.3	2.7	—	—		—	—	Rinder
Holland . . . . .	40.0	53.7	2.4	10.6	Kartoffeln	0.9	2.6	Milch
Belgien . . . . .	—	—	0.7	2.0	Bohnen	—	—	
Frankreich . . . . .	1.2	3.0	5.1	8.4	Kartoffeln	—	—	
Italien . . . . .	2.8	2.8	8.4	9.1	Kartoffeln	—	—	
Rumänien . . . . .	—	—	—	4.8	Weizen	—	—	
Tschechei . . . . .	—	—	2.8	2.5	Bohnen	—	—	
Polen . . . . .	—	—	2.0	1.0	Weizen	—	—	
	49.3	68.0	26.4	47.4		16.0	54.7	

Danach hat also das deutsche Volk zu seiner eigenen Bedarfsdeckung von den angeführten zehn fremden Volkswirtschaften zusammengefaßt bezogen:

Einfuhr (in Millionen Reichsmark).

	1930	1931
Butter . . . . .	264,7	141,8
Eier . . . . .	150,8	107,0
Fleisch . . . . .	45,4	39,6
Gemüse . . . . .	98,3	74,5
Obst . . . . .	142,6	103,3
Käse . . . . .	68,0	49,3
Weizen . . . . .	18,0	3,8
Roggen . . . . .	3,0	4,2
Gerste . . . . .	3,9	0,4
Kartoffeln . . . . .	28,1	15,9
Bohnen . . . . .	10,8	5,4
Rindfleisch . . . . .	46,7	14,1
Schweine . . . . .	5,4	1,0
Milch . . . . .	2,6	0,9
	888,3	561,2

Absolut gesehen, handelt es sich hierbei also in erster Linie um den Bezug von Butter, Eier, Obst, Gemüse, Käse und Fleisch mit einem Gegenwert von 1930 = 769,8 Millionen Reichsmark und 1931 = 515,5 Millionen Reichsmark, und im Gesamtbild erst im weit entfernteren um die Einfuhr der ausgesprochen „landwirtschaftlichen Urzeugnisse“ — Weizen, Roggen, Gerste, Kartoffeln usw. — 1930 = 118,5 Millionen Reichsmark und 1931 = 45,7 Millionen Reichsmark.

Relativ gesehen, fällt aber augenscheinlich auf, daß in allen eingeführten Warengattungen im Jahre 1931 ein außerordentlich starker Zufuhrrückgang stattgefunden hat, der insgesamt (1930 = 888,3 Millionen Reichsmark und 1931 = 561,2 Millionen Reichsmark) den Gegenwert von 327,1 Millionen Reichsmark, das sind ca. 40% der Gesamteinfuhr dieser 14 Warengattungen, ausmacht.



Kontingentierung schafft mehr Arbeitslose

Da es sich hierbei um überwiegend Warengüter des unmittelbaren täglichen Konsums der breitesten Verbraucherschichten handelt, sind kaum irgendwelche andere Zahlen geeigneter wie die vorstehenden, die Auswirkung der Kaufkraftminderung der deutschen Verbraucher zu dokumentieren. Ich möchte an dieser Stelle einschaltend bemerken, daß die folgende Erklärung für den Umsatzrückgang — „die deutsche Landwirtschaft wird eben in der Lage gewesen sein, den ganzen Bedarf aus eigenen Kräften zu decken“ — nicht abgegeben werden kann, da infolge verschiedenster Ursachenverknüpfungen, vor allem organischer Natur, das Problem der 100% igen Selbstbefriedigung des deutschen Agrarkonsums, wenn überhaupt dann erst in absehbarer Zeit zu lösen sein wird. Bleibt also für unsere Untersuchung nur die Minderaufnahmefähigkeit als zwangsläufige Erklärungsgrundlage.

Demnach bleibt also festzuhalten, daß auch ohne Kontingentierung bereits entwicklungsgemäß ein entscheidender Einfuhrückgang stattgefunden hat.

Nun kann es aber für die von dieser Rückentwicklung betroffenen Länder durchaus nicht bedeutungslos sein, welchen Umfang solch ein Vorgang entwicklungsgemäß annimmt. Denn einmal braucht dessen eigene Volkswirtschaft die Ausfuhr zur Erhaltung des eigenen Beschäftigungsstandes usw. und dann auch zur Finanzierung wiederum seiner Einfuhr. Es ist einleuchtend, daß mit Erreichung einer gewissen „unteren Grenze“ auch bei der fremden Volkswirtschaft Schäden entstehen, welche diese zur Anbahnung anderer Absatz- und Einkaufsmärkte zwingen muß. Das aber ist für die deutsche Ausfuhrwirtschaft dann rückwirkend ein sehr zweifelhaftes Ergebnis.

Die nächste Zusammenstellung wird sich deshalb mit der Auswirkung des Einfuhrrückganges obiger Warengüter auf die einzelnen Herkunftsländer zu beschäftigen haben.

Rückgang der Einfuhr von 14 landw. Produkten aus 10 Ländern  
(in Millionen Reichsmark)

	1930	1931
Schweden . . . . .	39,5	18,6
Dänemark . . . . .	220,0	118,9
England . . . . .	2,7	1,3
Holland . . . . .	306,9	204,7
Belgien . . . . .	35,2	16,9
Frankreich . . . . .	41,9	21,2
Italien . . . . .	151,6	120,9
Rumänien . . . . .	36,3	23,6
Tschechei . . . . .	9,1	6,9
Polen . . . . .	45,1	28,2
	888,3	561,2

Was ergibt sich nun hieraus?

Erstens: daß von den zehn angeführten Ländern überwiegend von Bedeutung sind nur Holland — Italien — Dänemark, repräsentieren sie doch allein mit zusammen 1930 = 678,5 Millionen Reichsmark und 1931 = 444,5 Millionen Reichsmark über drei Viertel der gesamten Einfuhr.

Zweitens: daß aber auch hier der Einfuhrrückgang gleich derart bedeutend ist, daß selbst dem Laien ersichtbar (234 Millionen Reichsmark) eine weitere Herabsetzung der Einfuhr (wie es 1932 zweifellos der Fall war) für diese Volkswirtschaften nicht mehr gleichgültig sein kann, und zwangsläufig Abwehrmaßnahmen herbeiführen wird.

Man darf nämlich über die Zahlen des landwirtschaftlichen Importes nicht vergessen, daß wir auch eine gewerbliche, und zwar recht bedeutende Einfuhr benötigen, und daß auch diese — wie die folgende Aufstellung ausweist — bedeutend zurückgegangen ist (in Millionen Reichsmark):

Gesamteinfuhr von landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen aus

	1930	1931
Schweden . . . . .	257,52	165,10
Dänemark . . . . .	295,48	182,90
England . . . . .	639,00	453,33
Holland . . . . .	560,83	383,61
Belgien . . . . .	324,58	222,05
Frankreich . . . . .	518,67	341,62
Rumänien . . . . .	236,93	192,44
Tschechei . . . . .	359,01	243,73
Polen . . . . .	236,76	111,21
	3 794,07	2 474,49

Berücksichtigt man, daß von den 3,7 Milliarden Reichsmark aus 1930 und den 2,4 Milliarden Reichsmark aus 1931 nur 888,3 bzw. 561,2 Millionen Reichsmark auf die landwirtschaftliche Zufuhr entfallen (also ca. 25%) und daß trotzdem ein Einfuhrückgang von insgesamt 1,3 Milliarden Reichsmark, das sind ca. 30%, eingetreten ist, so wird man die Frage nicht ausschalten können:

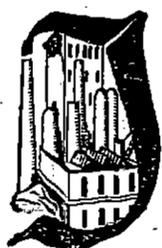
„Hat es überhaupt einen Sinn die an sich schon vorhandene Rücklaufstendenz der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse künstlich noch weiter nach unten zu drücken und was kann günstigstenfalls für Deutschland dabei erreicht werden?“

Dr. Küpper.

(Schluß folgt.)

## Die moderne Lehrlingsauslese, Mensch und Betrieb

### II.



In der ganzen zur Erörterung stehenden Frage sind also nicht nur interessiert der Betrieb allein, sondern mindestens ebensoviel die Berufsanwärter selbst und deren Eltern. Schließlich aber auch der schon im Betrieb befindliche hochqualifizierte Arbeiter. Je weniger Ausschluß der ganze Betrieb liefert, desto höher können die Löhne im allgemeinen, nicht nur des Akkord- und Spezialarbeiters sein. Eignung wird meistens auch vererbt und so gewissermaßen höher gezüchtet. Hierin und nicht allein in rein praktisch-wirtschaftlichen Erwägungen, ist auch das Bestreben der Werke und deren Werlangehörige auf Heranbildung einer gewissen Nachzucht aus dem eigenen Betriebe bzw. aus der eigenen Familie begründet. Dem Nachkömmling bietet dann die gesteigerte Eigenleistung irgend einmal die erste Stufe zum Aufstieg.

Wenn nun auch mittlere oder kleine Betriebe sich ebensowenig, wie der selbständige Handwerker die umfangreichen und durch die teilweise erforderlichen Apparate auch kostspieligen Prüfmethode der großen Werke, des Großgewerbes nicht leisten können, so wird doch für alle an einer Lehrlingsauslese Interessierte ein Hinweis auf das, was bei den „Großen“ geprüft wird und wie es geprüft wird, nur von Nutzen sein. Der hier für die Auswahl Maßgebende, also der Betriebsinhaber, der Lehrmeister, wird dann zu seinem Vorteil und zum Vorteil der sich um eine Lehrstelle Bewerbenden ohne weiteres sich selbst eine Art und Weise festlegen können, wie er am besten die neuen Berufsanwärter prüft und auswählt. Im übrigen wird auch in kleinen und kleinsten Orten der Lehrer, der Arzt und, wo er vorhanden ist, der amtliche Berufsberater stets ein Helfer sein.

Als erstes legt man dem Bewerber einen Fragebogen zum Ausfüllen vor, aus dem folgende Fragen herausgegriffen seien: „Wer hat dir geraten, unseren Beruf zu ergreifen? Unter welcher Begründung? Welche Fähigkeiten erscheinen dir für diesen Beruf besonders wichtig? Woraus schließt du, daß du diese Fähigkeiten hast? Wie denkst du dir den Verlauf deiner späteren beruflichen Entwicklung? Welchen anderen

Beruf möchtest du ergreifen, wenn in dem von dir gewählten sämtliche Lehrstellen besetzt wären? Welcher Unterricht hat dir in der Schule besonders gut und welcher gar nicht gefallen? Welche Bücher hast du nach Art und Inhalt mit Interesse ganz durchgelesen? Womit beschäftigst du dich in deiner freien Zeit? Treibst du regelmäßig Sport? Welchen? Viel, mäßig oder wenig? Wie verlebtest du die Sonntage? Welches Erlebnis hat auf dich einen besonderen Eindruck gemacht? Was würdest du tun, wenn du bei deiner Schulentlassung sehr viel Geld zur Verfügung hättest? Bist du irgendwie, z. B. durch allgemeines körperliches Unbehagen, Ermüdung oder Erregtheit, beeinträchtigt? Seh- oder Hörvermögen, Verdriegllichkeit, Kummer in der Familie usw., an der vollen Entfaltung deiner Leistungsfähigkeit behindert? Dieser Fragebogen wird dem Prüfling vorher nicht etwa in das Haus geschickt, sondern ihm erst in der Prüfung selbst vorgelegt, so daß er sich nicht darauf vorbereiten, Eltern und andere Erwachsene um Rat fragen kann, sondern aus sich selbst heraus die Antworten schreiben muß. In großen Betrieben wird darauf gehalten, daß diese und ähnliche Fragen im Interessentenkreis des nächsten Jahres möglichst wenig bekannt werden, man ändert sie auch vielfach, damit sich der Prüfling nicht darauf „präparieren“ kann. Ich möchte dabei erwähnen, daß die großen Werke usw. die Begleitung der Prüflinge durch die Eltern nicht gern sehen. Die Eltern denken bei der Auswahl eines Berufes für ihren Sprößling meist nur „wirtschaftlich“, auch geht der Sohn usw. in Gegenwart der Eltern meist nicht recht aus sich heraus. Die Werke nehmen dafür Gelegenheit, vor oder nach der Prüfung mit den Eltern zu sprechen.

Schon die obige Auswahl einiger Fragen zeigt, daß die selbständige Beantwortung durch den Prüfling dem Prüfenden wichtige Aufschlüsse über den Berufsanwärter gibt, ganz andere Aufschlüsse, als sie das meist mitvorgelegte letzte Schulzeugnis geben kann. Fast überall ist es ja heute gebräuchlich, schon in den beiden letzten Schuljahren den Schülern bzw. deren Eltern Schulfragebogen zum Ausfüllen zu übergeben. Die Beantwortung dieser Fragebogen hat aus oben angeführten Gründen nur einen sehr bedingten Wert,

um so mehr, als erfahrungsgemäß gerade in dem letzten Schuljahre der Berufswunsch des Jugendlichen oft stark wechselt. Der Berufswunsch sollte überhaupt nicht zu eng umgrenzt werden, am allerwenigsten im Metallgewerbe, das von allen Berufsarten wohl den größten Spielraum in der Auswahl des besonderen Berufszweiges gibt. Es dürfte für viele die Erfahrung eines unserer größten Feinmechanikerwerkes recht überraschend sein, daß es diesem Werke nicht gelingt, so viel Vollgezeichnete zu finden, wie Lehrstellen vorhanden sind, obwohl die Zahl der Bewerber viel größer ist als der Bedarf. Dies gilt vor allem für dessen Präzisionsberufe. Das Werk ist also gezwungen, noch solche Lehrlinge einzustellen, deren Eignung an der unteren Grenze der Anforderungen liegt. Und diese Erfahrung macht ein Werk, zu dem sich seines Weltrufes wegen doch die „Elite“ der sich berufen Glaubenden drängt!

Nach Ausfüllen des Fragebogens werden dem Prüfling noch naheliegende mündliche Fragen gestellt. Der Prüfende muß diese Fragen sorgfältig überlegen und sich bewusst sein, daß die Güte der Antworten genau der Güte der Fragen entspricht! Dem Prüfling dürfen vor allem keine „Suggestiv-Fragen“ gestellt, d. h. ihm die Antwort schon sozusagen in den Mund gelegt werden. Dieselbe Vorsicht ist nötig bei Erteilung irgendwelcher Anweisungen und Erläuterungen. Es ist sehr schwer, ganz unmißverständlich Anweisungen usw. zu geben. Das ist aber selbstverständlich durchaus nötig, wenn ich zwei Prüflinge je nach ihrer Befolgung der gegebenen Anweisung gegeneinander abschätzen will.

Noch ein Wort zum Schulzeugnis. Es ist wohl für die

Eltern wie für den Lehrherrn das älteste Mittel für die Feststellung einer Berufseignung. Sehr enttäuscht sind beide Teile, wenn dann oft das Werkstatturteil mit dem Schulurteil nicht zusammentrifft. Der Kenner ist freilich nicht überrascht, denn er weiß, daß die Neuanpassung, die der junge Mensch aus dem Schulleben heraus im Berufsleben an sich selbst vornehmen muß, ganz andere Anforderungen an Leistung und Charakter stellt, als es die Schule getan. Selbstverständlich wird von den großen Werken auch das Schulzeugnis gewertet, aber diese lassen sich nicht nur das letzte Schulzeugnis, sondern alle Zeugnisse der letzten vier Schuljahre vorlegen. Nur die Nachprüfung dieser lückenlosen Zeugnisse ergibt ein Bild über den Auf- bzw. Abstieg und die Entwicklung des Berufsanwärters schon in der Schule. Der Erfahrene berücksichtigt bei Prüfung dieses Bildes auch, daß in diesen vier Jahren das Lehrpersonal der Schule meist nicht dauernd das gleiche ist und daß in diesem ganzen Zeitabschnitt der Jugendliche im Pubertätsalter und im Wachsen des Körpers steht. Die beiden letzten Faktoren sind ganz besonders wichtig, da sie die charakterliche und Leistungsentwicklung des Jugendlichen ungeheuer beeinflussen. Daß die rein körperliche Geeignetheit des zukünftigen Lehrlings für den gewählten Beruf durch ein ärztliches Zeugnis belegt wird, ist selbstverständlich, darauf näher einzugehen, ist hier nicht die Aufgabe.

Lehrreich und interessant ist es, zu sehen, was in den Lehrlingsprüfungen der großen Werke geprüft wird, wie es geprüft und bewertet wird, und welche Wandlungen sich in der Praxis der Auslese vollzogen haben. Darüber soll ein weiterer Artikel berichten.  
Scholz-Roesner.

# Verbandsgebiet

## Subtlarehrung in Verichsweller bei Düren

Die Verwaltungsstelle Düren beging in Verichsweller eine Festversammlung zu Ehren der Kollegen Paul Barth, Matthias Ermes, Josef Eberth, August Müller, Josef Pöll und Johann Winkel für 25jährige Mitgliedschaft im Christlichen Metallarbeiterverbande. Der Vorsitzende Kollege Arnold Bürger konnte mehrere Gäste begrüßen. Ein Prolog, vorgetragen vom

Kollegen Arnold Prumbach, und ein Festmarsch der Musikabteilung der christlichen Gewerkschaften leiteten über zur Festansprache unseres Bezirksleiters Kollegen Franz Schümmer (Köln). Dieser zog von der Not des arbeitenden Standes in der Jetztzeit eine Parallele zur Vergangenheit, als die Arbeiterschaft im Kampf um ihre Rechte gestanden habe. Der Kampf sei nicht vergeblich gewesen. Auch die Jubilare hätten tatkräftig für den Ausstieg der deutschen Arbeiter mitgearbeitet. Ihnen

## Pestalozzi Wilhelm Schäfer

XIV.

Er hat es Mord genannt, wie die Kinder bis ins fünfte Jahr im sinnlichen Genuß der Natur bleiben, wie sie sehen, sprechen und ihre andern Sinne gebrauchen lernen und sich von selber eine natürliche Anschauung

der Welt in ihrer Seele aufbauen: wie sie dann aber gleich Schafen zusammengedrängt in eine sinkende Stube geworfen würden, um der fremden, sinnlosen Buchstabenwelt ausgeliefert zu sein! Seine Gedanken können es noch nicht greifen, aber er fühlt sie dicht heran: daß er alles, was nur aus dem Buchstaben gelernt wird, als fremd und gleichgültig in seinem Unterricht ausschelden, daß er den Naturgang der ersten fünf Lebensjahre weiterführen möchte; nicht, um es den Kindern bequemer zu machen, sondern um die Unnatur aus dem Wachstum des Menschen zu nehmen.

Er ist so verfallen in diese Gedanken, daß er gar nicht hört, wie jemand von hinten zu ihm kommt und die Hand auf die Schulter legt. Als er sich umkehrt, ist es Fischer, der ihn zufällig aus seinem Fenster gesehen hat: Wir sind die einzigen Menschenseelen in dem ganzen Gebäude, sagt er erklärend zu ihm; aber Heinrich Pestalozzi ist noch viel zu sehr bei den Reiterversuchen seiner stolzen Gedanken, um ihn wörtlich zu verstehen: Dann müssen wir jeden Tag den Berg hinuntertraben, sagt er und muß hellauf wie ein Knabe lachen, so rasch springt ihm aus der abendlichen Grübelelei ein Scherz auf die Lippen: Zwei Karren in einem leeren Schloß mit einem Steckenpferd, das wird ein schönes Rittertum, wenn wir austreten.

### Dyali

Nach acht Tagen kommt Heinrich Pestalozzi zum zweiten Male aus Bern; diesmal in einem heiteren Wolkenwetter zu Fuß. Die Verwaltungskammer hat ihm im Schloß ein Zimmer als Wohnung eingeräumt und für die Hinterlassenschule unten in Burgdorf die Lehr-Erlaubnis erteilt. Der Schulmeister Samuel Dyali muß ihm einen Teil von seinen dreihundsechzig Schülern überlassen. Weil aber nur eine Stube da ist, vereinbaren sie einen Strich, der die Klassen trennt: auf der einen Seite stellt sich Heinrich Pestalozzi auf und fängt wieder tapfer an aus der Sprache die Buchstabenlaute abzulösen; auf der andern wandert der Schulmeister von Bank zu Bank und behört den Heidelberger Katechismus. Er kann es nicht verhindern, daß man ihm den alten Landstreicher in die Schulstube schiebt, die doch mit dem Haus sein angeerbtes Eigentum ist, und wenn er in der Folge das unaufhörliche Geschrei hört, wie der



Pestalozzi mit Fischer auf der Schloßterrasse in Burgdorf.

galten die Glückwünsche der Verbandszentrale und des Bezirks unter Ueberreichung der Ehrenurkunde und der silbernen Verbandsnadel. Weitere Glückwünsche überbrachten für die Ortsgruppe Sandersdorf Kollege Otten und für die Ortsgruppe Düren Kollege E. Müller. Den Dank der Jubilare für die ihnen jutell gewordenen Ehrungen sprach Kollege Johann Winkel aus. Dann wechselten Musikvorträge mit Liedern des Doppelquartetts der Metallarbeiter unter Leitung des Kollegen Karl Breuer. Mehrere Mitglieder trugen prächtige Rezitationen in Dürener Mundart vor. Am Schlusse der Veranstaltung dankte Kollege Holz (Düren) den Jubilaren für die treue Mitarbeit im Verbandsverband und knüpfte daran die Hoffnung, daß Gott ihnen noch lange Gesundheit und Kraft erhalten möge, zur weiteren Mitarbeit im Christlichen Metallarbeiterverband.

## Dortmund-Nord macht sich

Unsere Generalversammlung erfreute sich einer sehr guten Teilnahme. Nach Begrüßung aller anwesenden Mitglieder und des Bezirksvertreters Kollegen J. Kier, Verlesung des Protokolls sowie Erledigung des geschäftlichen Teils, gab der Vorsitzende, Kollege Kürpik, den Jahresbericht unserer Ortsgruppe bekannt. Erfreulicherweise konnten wir vernehmen, daß trotz der schweren Krise die Mitgliederzahl nahezu stabil geblieben ist. Wie stark die Krise sich innerhalb unserer Ortsgruppe bemerkbar machte, bewiesen folgende Zahlen: Arbeitslose Kollegen hatten wir 50%, an Kurzarbeitern bis zu 3 Tagen 36,5%, über 3 Tage 5%, und ganze 7% durften vollarbeiten. Trotz der traurigen Wirtschaftskrise herrschte in der Agitation reges Leben. So konnten wir in den letzten drei Monaten 49 Kollegen dem Verbandsverband zuführen. Nach einem eingehenden Bericht über die Betriebslage einiger Dortmunder Werke, schloß Kollege Kürpik seinen Bericht.

Danach folgte die Vorstandswahl. Auf Vorschlag der anwesenden Kollegen wurde der alte Vorstand wiedergewählt.

Im Anschluß daran sprach Bezirksvertreter Koll. Jäder nach Worten des Dankes der Bezirksleitung über die Aufgaben des neuen Jahres und bat am Schlusse seiner Ansprache, dieses Jahr den Christlichen Metallarbeiterverband weiter zu stärken. Darauf dankte Kollege Kürpik dem Bezirksvertreter für seine trefflichen Worte und bat alle Kollegen, selbiges zu beherzigen und somit jederzeit für unsern Christlichen Metallarbeiterverband zu werben, damit ein Aufblühen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wieder Platz greifen kann. Er schloß mit einem dreimaligen Hoch auf unseren Christlichen Metallarbeiterverband die gut verlaufene Generalversammlung.

## Görlitz wirbt

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Görlitz, geleitet vom 1. Vorsitzenden Kollegen Schneider, war gut besucht. Der Schriftführer gab ein übersichtliches Bild über das verfloßene Jahr. Er verstand es, all das Vergangene nochmals in dem Bericht den Kollegen vor Augen zu halten. Als Schlußwort prägte er den Satz: „Gebe Gott uns für das neue Jahr viel Kraft zum Aufstieg in der hiesigen Ortsgruppe!“ Kollege Werner, Kassierer unserer Ortsgruppe, gab in sachlichen Worten und an Hand von Zahlen seinen Kassenbericht bekannt. Auch er verstand es,

das Ein- und Ausgeben sehr gut zu gestalten. In dieser Notzeit ist es immer noch sehr erfreulich, einen Kassenbestand zu haben. Auch war es unserer Ortsgruppe vergönnt, an ihre bedürftigen Mitglieder, dank der Christlichen Arbeiterhilfe und einer Reserve vom vorigen Jahre, die Summe von 37,50 RM als Weihnachtsgabe auszuzahlen. Was ein Kassierer für Arbeiten zu erfüllen hat, weiß nur der, welcher es mit Geld zu tun hat. Mag die Ortsgruppe noch so klein sein, aber die Arbeit bleibt dieselbe. Vorsitzender Kollege Schneider dankte dem Schriftführer und Kassierer sowie allen anderen Vorstandsmitgliedern für die geleistete Arbeit. Nach Entlastung des Vorstandes schritt man zur Neuwahl. Das Ergebnis ist folgendes: 1. Vorsitzender Frig Römisch, 2. Vorsitzender Paul Jeschonek, 1. Schriftführer Otto Renner, 2. Schriftführer Erwin Renner, 1. Kassierer Wilhelm Werner, 2. Kassierer Karl Dorminger, 1. Beisitzer Brzezinski, 2. Beisitzer Josef Dit, 1. Vertrauensmann Karl Wude, 2. Vertrauensmann Vogt, 1. Kassenrevisor Brzezinski, 2. Kassenrevisor Josef Dit, Kartellbelegter Römisch, Kinne, Schneider; Gewerkschaftsbundbelegter Römisch, Kinne, Schneider. Der Wahlleiter übergab dem 1. Vorsitzenden, Kollegen Römisch, die Weiterführung der Versammlung und begrüßte den neugewählten Vorstand. Kollege Römisch nahm die Wahl an und dankte allen übrigen Kollegen für das geschenkte Vertrauen. Er betonte, daß nicht er und der Vorstand der Verband sei, sondern alle angeschlossenen Mitglieder. Wir wollen dem neuen Jahr mit neuem Mut und neuer Kraft entgegengehen. Ich werde all meine verfügbare Zeit und Kraft dem Verbandsverband zur Verfügung stellen und hoffe auf die rege Mitarbeit aller Kollegen. Es macht dem Vorstand viel mehr Lust und Freude, wenn er weiß, alle sind mit ganzer Seele und ganzem Herzen bei so einer idealen Sache. Möge uns das Jahr 1933 ein Jahr des Heiles sein. Das waltete Gott.

Frig Römisch.

## Generalversammlung Lünen

Unsere Generalversammlung war sehr gut besucht. Vorsitzender Kollege Hüsing begrüßte die Erschienenen und erstattete den Jahresbericht. Aufmerksamkeit folgten die Kollegen seinen Ausführungen, zumal er es verstand, interessante Momente aus dem augenblicklichen Wirtschaftskampf einzuflechten. Der Rechtschuh brachte erfreuliche Erfolge. Die damalige Sa. Potthoff & Glume, die in Konkurs ging, stand bei den dort arbeitenden Kollegen in einer Schuld, die durch den Verbrauch der Pensionskassengelder entstand. Wegen Mangels an Masse konnte das Geld nicht herbeigeschafft werden. Am Ende vorigen Jahres nun ist es Hüsing, als damaliger Betriebsratsobmann, im Verein mit unserem Verbandsverbande gelungen, den Betrag von 18 200 RM für die in Frage kommenden Kollegen zu erhalten; der Betrag ist auch zur Auszahlung gelangt. Ein schöner Erfolg unserer Gewerkschaftsarbeit! Im Anschluß an den Jahresbericht gab Kollege Hüsing noch einiges über die neuen Wohlfahrtsjahre und über das in nächster Zeit stattfindende Jugendtreffen bekannt. In der dann folgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen Hüsing als 1. Vorsitzender, Otto als 2. Vorsitzender, Gratias als 1. Schriftführer, Keider als 2. Schriftführer und zugleich als Vertrauensmann gewählt. Als Beisitzer wurden die Koll. Koer und Unterhalt, die auch zum Kartell zählen, gewählt. Sodann wurden nochmals die unerquidlichen Betriebsfragen der vormaligen Firma Potthoff, insbesondere das Versicherungswesen, erörtert. Auch hier wird es noch manchen Kampf kosten, um unseren Kollegen zum Recht und Erfolg zu verhelfen. Die Fragen im Versicherungs- und Wohlfahrtswesen sowie die Betriebs-

## Strawana

Unterdessen spielt das Kriegstheater auf Schweizer Boden seine europäischen Stücke, und es sieht nicht aus, als ob Heinrich Pestalozzi so bald wieder nach Stans käme: über den Gotthard drängen die Russen unter Suworow, und über Zürich ins Glarner- und Einsiedlerland die Oesterreicher unter ihrem Vetter Hohe, der ein berühmter Kriegerheld geworden ist. Aber Hohe fällt bei Schänis, Massena nimmt Zürich ein — wobei Lavater durch einen betrunknen Grenadier schwer verwundet wird —, und als Bonaparte, aus Aegypten heimkehrend, sich zum ersten Konsul der Franzosen macht, hat er die Eidgenossenschaft ganz in der Hand; den Urkantonen vergeht die Hoffnung, daß ihnen fremde Hilfe aus der Schweizerischen Republik in die alte Kantonsherrlichkeit zurückhelfen könnte.

Darüber fallen auch die Blätter dieses Jahres, und eines Tages im November, als der Regen schon eselt, erfährt Heinrich Pestalozzi, daß die Regierung ihn nicht nach Stans zurücklassen will. Er hat gewußt, daß sich Stäpfer seit dem September vergebens darum bemühte, und ist gefaßt, daß ihm die Tür nicht wieder geöffnet werde, die der Krieg verschlug; aber die Hoffnung hat doch jeden Abend auf seinem Bettrand gesessen, wenn er mit den Kleibern auch die Mühsale des Tages auf den Stuhl legte. So kommt es, daß er mit dem Ende des Jahres von neuem an seinen Reuhof denkt.

Dieses Ende marschiert mit den Schritten der allgemeinen Not, wie keines vorher, als ob es die Leidenreste des vergehenden Jahrhunderts noch über der Schweiz ausgöffe, die durch die Kriegszüge verwüstet und von den Franzosen mit Millionen von Kriegskosten ausgezogen ist. Als er für die Weihnachtstage nach dem Reuhof fährt, wandern Scharen von Bettlern über die winterlichen Straßen.

Er findet Anna, die er in Hallwyl abholt, mit eisengrauem Haar; sie hat die Sechzig hinter sich, und sie sind nun die Großvatersleute, die zum Besuch aufs Birrfeld kommen. Da schaltet die geborene Frölich, und Elisabeth hilft ihr, auch die schlimmen Dinge tapfer zu überstehen; sie müssen den Hof allein halten; denn Jakob ist trotz seiner dreißig Jahre ein übellauniges Gebreite. Es wird trotzdem ein inniges Weihnachtsfest, die Großmutter hat aus Hallwyl den Enkelkindern viel Liebes mitgebracht,

andere Kinder abrichtet, im Chor zu sprechen, wobei er selber mitkräft, wenn er sieht, wie sie keine Bücher und Schreibhefte, nur eine Schiefertafel haben, darauf sie mit dem Griffel allerlei Winkel und Figuren kriegeln: glaubt er einem Tollhändler zuzusehen. Er versucht, ihm zur Beschämung, mit seiner Schär die gewohnten Dinge zu treiben, aber auch die ist von dem seltsamen Wesen angesteckt, hat Augen und Ohren auf der anderen Seite, und weil er sich scheut, vor den Augen dieses Karren wie sonst mit dem Stock dreinzufahren, frist ihm der Ingrim über die Vergewaltigung Stunden und Tage auf.

Wenn Heinrich Pestalozzi, der ihn im Eifer meist ganz vergißt, ihn kollegialisch ansprechen will, stellt er den gekränkten Stolz seiner Bildung zwischen sich und ihn. Denn er hat bald gemerkt, daß der andere den Firtlesanz nur treibt, weil er weder den Katechismus noch sonst etwas nach der Vorschrift kann. Der Wurm der Kränkung will ihm unterdessen das Herz abstreifen. Während Heinrich Pestalozzi schon wieder bejessen von seiner Absicht ist und gleich einem Specht an der Anschauungskraft der Kinder herumklopft, bearbeitet Samuel Dpsli die Väter, und eines Sonntags halten die Burgdorfer Hinterjassen eine Art Landsgemeinde in seiner Werkstube ab: Wenn die Bürger und Herren schon ihre Kartheit mit der neumodischen Lehrart hätten, möchten sie die Probe auch an den eigenen, nicht an ihren Kindern machen!

So aufgereizt sind sie, daß sie es nicht bei dem Beschluß belassen; als Heinrich Pestalozzi am Montag danach um sieben Uhr in die Schulstube kommt, sitzen auf seiner Hälfte nur noch drei Kinder und heulen. In der ersten Bestürzung ist er töricht genug, den Dpsli zu fragen. Der läßt den Katechismus herunterhauern, als ob er ihn extra für ihn aufgelesen hätte. Da merkt er, daß ihm einer das Uhrwerk abgestellt hat; doch kann er seinen Jähzorn noch meistern und geht hinaus. Da stehen die Leute an den Fenstern und auf der Gasse; er sieht im Vorbeigehen, daß sie die Kinder hinter sich halten, als ob sie ihre Brut vor dem Wolf schützen müßten. Einige vermögen ihre Schadenfreude nicht zu meistern und rufen ihm nach. Ein Fleischschneider, der ein Schwager des Dpsli ist, verfällt auf die Rache, laut zu buchstabieren: b u b u, b e b e, b a b a! Die ganze Gasse ist begeistert davon, und so muß Heinrich Pestalozzi Splestruten laufen durch sein höhnisches Echo, das ihm noch nachkräft, als er schon im Oberdorf ist.

angelegenheiten wurden zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt. Zum Schluß dankte der 1. Vorsitzende den erschienenen Kollegen und gab ihnen die Mahnung mit auf den Weg, für unsern Verband zu werben und zu kämpfen, damit er am Jahreschluß einen günstigeren Jahresbericht abgeben könne. Mit dem Schlußwort „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“, schloß Kollege Hüsing die von gutem Gewerkschaftsgeist getragene Generalversammlung.

A. Gratias.

**Und in Osterath?**

Eine vorbildliche Familienfeier veranstaltete die Ortsgruppe Osterath im großen Saale des Hotels. Platen, der bis zum letzten Platz gefüllt war. Die Leitung der Veranstaltung hatte es in vorzüglicher Weise verstanden, allen Teilnehmern einige frohe Stunden zu bereiten. Vorsitzender Kollege Buser hielt die Begrüßungsansprache, worin er besonders die anwesende Geistlichkeit und die kleinen Gäste, nämlich die Kinder der Mitglieder, begrüßte. Dann folgten gemeinschaftliche Lieder und von den Kindern vorgetragene Gedichte. Die Begleitung der Lieder und Solovorträge am Klavier hatte in liebenswürdiger Weise Herr Organist und Musiklehrer Tepel von hier übernommen. Die vom hochwürdigen Herrn Pastor Pörting gehaltene Ansprache wurde von allen Anwesenden mit herzlichster Dankbarkeit aufgenommen. Dann erhielt Kollege Schramm von der Verwaltungsstelle Krefeld das Wort zur Festrede über das Thema: „Arbeitslosigkeit und Christentum“. Die vortrefflichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Nun wurden die kleinen Gäste mit Milch und Kuchen reichlich bewirtet; anschließend daran fand unterm strahlenden Weihnachtsbaum die eigentliche Bescherung der Kinder statt, bestehend aus einer großen mit allerlei Süßigkeiten gefüllten Tüte und ein passendes Geschenk. Nach einer Pause fand die Prämierung der von den Kindern selbst verfertigten Krippen statt, die unter einem riesigen Transparent „Ehre sei Gott in der Höhe“ aufgebaut waren. Sodann fand eine Verlosung von nur nützlichen Gebrauchs- und Genussmitteln statt, die so reichhaltig war, daß fast keiner ohne einen Gewinn nach Hause ging. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, das ausklang mit dem Wunsche, daß allen Teilnehmern ein

glücklicheres 1933 bevorstehe, fand die wirklich schön verlaufene Feier ihr Ende.  
H. Rasen.

**Werden voran**

Unsere Ortsgruppe hielt vor kurzem ihre Generalversammlung ab. Das Verbandslokal war bis auf den letzten Platz besetzt. Unser Kollege Bezirksleiter Burgarth wurde lebhaft begrüßt. Der 1. Vorsitzende Kollege Dau erstattete den Jahresbericht. Er konnte mitteilen, daß, trotzdem das verfloßene Jahr ein Jahr der Not und des Elendes war, die Hausagitation im Monat Dezember noch etwas erhöht hat. Der Vorsitzende konnte deshalb dem Vorstand sowie den Vertrauensleuten für ihre treue Mitarbeit seinen besonderen Dank aussprechen. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten. Der alte Vorstand wurde mit kleiner Änderung einstimmig wiedergewählt; ein Zeichen des Vertrauens der Mitglieder für den bisherigen Vorstand. Es besteht jetzt für Werden folgender Vorstand: 1. Vorsitzender Kollege Dau. 2. Vorsitzender Kollege Baier. 1. Schriftführer Kollege Funke. 2. Schriftführer Hertig. 1. Kassierer Wolff, 2. Kassierer Schröder, ferner die Beisitzer: Schmidt, Staadt, Flied, Rau, Runsch.

Bezirksleiter Kollege Burgarth dankte den Werdener Kollegen für ihre gute gewerkschaftliche Arbeit im vergangenen Jahre und bat, in ihrem Eifer nicht zu erlahmen, sondern auch in Zukunft immer und überall ihren Mann zu stellen. In seinem weiteren Vortrage entwickelte er den Werdegang des Christlichen Metallarbeiterverbandes, besonders im 1. Bezirk seit dem Umsturz von 1918 bis auf unsere Zeit. Sodann streifte er die heutigen politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse. Starker Beifall lohnte den Referenten für seinen Vortrag. Der Vorsitzende dankte dem Bezirksleiter für seine begeisterten Worte. Nachdem unter Punkt Verschiedenes noch einiges besprochen wurde, schloß der Vorsitzende unter der Devise: Troß Wirren und Krise voran und aufwärts im Jahre 1933. Den Werdener Kollegen wird diese Generalversammlung, insbesondere die treffenden Worte des Bezirksleiters, unvergessen bleiben.  
Franz Dau.

**Aus den Betrieben**

**Wieder mal die „Union“, Lippstadt**

Zu Ruh und Frommen unserer Kollegen im Lande haben wir wiederholt von den Vorgängen auf der Union (Lippstadt) berichtet. Wie nach einem verlorenen Streik ein Teil der Belegschaft einen gelben Werkverein einführte und wie dann die Werkleitung die übrigen so lange unter Druck setzte, so lange den Betrieb reinigte, bis das letzte Belegschaftsmitglied seine Mitgliedschaft zum gelben Werkverein, „freiwillig“ anmeldete. Eine Ausnahme bilden nur noch 3 Betriebsratsmitglieder, die man als solche nicht so leicht loswerden kann.

Vor einigen Monaten, anlässlich einer angedrohten Lohnreduzierung von 9 Proz. die Stunde, drohte die gelbe Fülle zu zerreißen. Es wurde stürmisch nach den verlästerten Gewerkschaften gerufen, und eine überfüllte Belegschaftsversammlung, in der die Gewerkschaftsvertreter referierten, schloß mit einem kräftigen Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung. Der Regiekunst des derzeitigen Betriebsdirektors gelang es damals, die Gefahr noch einmal abzuwenden. Mittlerweile wurde ein gelber Tarifvertrag abgeschlossen. Der Tarifpartner ist zwar nicht, wenigstens bis jetzt noch nicht, tariffähig und es besteht gar kein Tarifvertrag mit rechtlichen Wirkungen, aber danach fragen ja die Führer und Mitglieder

und die fünfjährige Marianne vermag schon Christlieder zu singen, in die der dreißährige Gottlieb selbstbewußt zinstimmt.

Silvester, als sich die Kälte in einen nässlichen Nebel gewandelt hat, wandert Heinrich Pestalozzi zufällig durch das Gehölz bis nach Brunegg auf den Waldkamm hinauf. Er weiß, das kleine Schloß steht seit der neuen Ordnung mit leeren Fenstern da, aber wie er hinzukommt, ist an der verschlossenen Tür ein vergilbter Zettel angeheftet, daß die Regierung den verlassenen Besitz mit sechzig Jucharten Wald und Weide zum Verkauf ausbietet. Er braucht gar nicht zu überlegen, der Plan steht gleich wie eine Eingebung da: Schloß Brunegg zu erwerben und mit dem Reuhof zu vereinigen in einem Besitztum, auf dem sich ein helvetisches Waisenhaus wohl einrichten und halten ließe.

Die Selbigen wissen nicht, warum er allein an dem Abend fröhlich ist, während ihre Wehmut dem scheidenden Jahrhundert die Totenwacht hält; nur Anna, die das Wetterglas seiner Stimmungen besser kennt als sie, merkt bald, daß er irgend etwas im Schilde führt. Wie dann die Standuhr auf dem Gang zwölf Schläge mit dem gleichen schnarrenden Klang wie sonst getan hat, und sie alle, die im Schein der Lampe darauf warteten, sich den Menschenkuß geben, nimmt er sie wie in den jungen Zelten bei der Hand und führt seine Frau aus dem Kreis der andern hinaus in die Nacht, die durch die Erschütterung der Glocken aus ihrer Stille aufgeschreckt und von Menschenlichtern nah und fern durchleuchtet mit ihren Geheimnissen in die Wälder zu flüchten scheint: So war die Nacht, wo ich mit Renalt auf dem Lindenhof stand, sagt er draußen zu ihr, als sie unsicher schreitend den Landweg nach Brunegg gehen: nur daß wir damals die Glocken in uns selber hatten, und draußen war es still. Das ist das Schicksal dieser Zeit gewesen, daß jeder in seinem Gehäuse saß; das einzige, was die Menschen miteinander verband, hießen sie ihre Bildung: ich heiße es ihre Ungläubigkeit. Das neunzehnte Jahrhundert der Christenheit wird wieder einen Glauben wie zu Zwinglis Zeiten haben, aber es wird das Jahrhundert der Menschlichkeit sein, wo die guten Werke nicht mehr für einen guten Platz im Himmel getan werden. Wer die ewige Seligkeit erst im Himmel anfangen will, hat sie schon versäumt. In Indien, heißt es, werden die Heiligen ihrer auf Erden teilhaftig, indem sie ihre Wünsche und Begierden Gott zum Opfer darbringen. Das heißen sie Nirwana oder in Gott ruhen; aber Gott hat auch unsere Wünsche und Begierden gemacht,

nicht daß wir sie töten, sondern seinen Willen damit erfüllen. Wenn wir Gott selber in unsern Wünschen und Begierden haben, können sie kein Hindernis mehr sein. Ihre Seligkeit heißt, in Gott zu ruhen; unsere wird sein, Gott zu tun.

**Der Schulmeister**

Seit dieser Nacht fühlt Heinrich Pestalozzi einen fremden Flügel Schlag über seinen Dingen, so daß er sich eilen muß, den Ereignissen zu folgen, statt sie mühsam anzuzetteln. Er macht zwar noch das Höchstgebot auf Brunegg und findet bei der aargauischen Regierung eine unerwartete Willfährigkeit, ihm bei der Einrichtung eines helvetischen Waisenhauses behilflich zu sein; aber das Schicksal verlegt ihm mit gütigen Wendungen den Rückweg aufs Birrfeld: Schon im November hat der Doktor Grimm in Burgdorf sich erboten, einige Waisen aus dem Kriegsgebiet in sein Haus zu nehmen, andere Bürger sind ihm willig gefolgt, und da fischer den Plan mit Feuer betreibt, kommen Ende Januar sechsundzwanzig Kinder in Burgdorf an, die der Pfarrer Steinmüller zu Gals im Appenzeller Land gesammelt hat. Heinrich Pestalozzi will gerade zum Schloß hinauf, als die Bürger ihnen entgegen leuchten, und gleich ist er mitten in der Schar, mit scherzenden Fragen seinen Willkomm zu sagen; aber eins nach dem andern wird ihm eingefordert, und ehe er sich versieht, steht er allein auf der Straße da. Seine Zeit ist noch nicht gekommen, sagt er kopfschüttelnd vor sich hin, als er in einer bestürzten Wehmut durch die Dunkelheit zum Schloß hinaufgeht.

Die Kinder sind durch einen jungen Dorfschulmeister namens Hermann Krüsi aus Gals gebracht worden, der als dritter ein Zimmer im Schloß erhält. Er ist ein lernbegieriger Mensch von vierundzwanzig Jahren, dem die Nähe des berühmten Verfassers von Lienhard und Gertrud eine Erhöhung seines Lebens bedeutet; für seine Appenzeller Kinder wird ihm eine besondere Schule im Ort eingerichtet, so daß sie morgens miteinander in den Burgdorfer Schuldiens hinuntergehen. Obwohl Heinrich Pestalozzi sich mit seinen Menschheitsplänen in der Buchstablerschule der Jungfrau Stähli, wo er nach seinem Unglück bei Dysli lehren darf, allmählich gleich einem Seefahrer vorkommt, der seine Harpune verloren hat und mit der Angel probiert, Walfische zu fangen, bleibt er unvere-

des Werkvereins nicht, bzw. haben nicht danach zu fragen, sondern zu schweigen.

Aber mit dem bisherigen Erfolg ist der spiritus rektor nicht zufrieden. Er will seine Belegschaft nicht nur wirtschaftlich bevormunden, sie als unreife, unselbständige Menschen am Gängelband führen, er will sie auch politisch wieder unter seine Gewalt bringen.

Die augenblickliche politische Fieberkurve scheint ihm da her richtige Augenblick zu sein. Er kennt jenen Zustand vor dem Kriege, da in Deutschland das Dreiklassenwahlrecht herrschte. Ein einziger Unternehmer konnte damals u. U. die erste Klasse befehlen, da er ein Drittel des Steuerjolls aufbrachte. Die 2. Klasse wurde meistens vom Mittelstand befehlt, und um die 3. Klasse zu befehlen, dazu gehörten Tausende und aber Tausende Arbeiter.

Die Unternehmer begnügten sich oft nicht mit der 1. Klasse. Um auch die Stimmen der Arbeiter zu bekommen, stellte man in der 3. Klasse einen Werksdirektor als Kandidaten auf. Da die Wahlen öffentlich waren, wagten die betr. Arbeiter nicht, ihrem Parteikandidaten ihre Stimme zu geben, sondern wählten ihren Betriebsdirektor.

Diese herrlichen Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Herrschaft der Besitzenden, da es wirklich eine Lust war, Fabrikdirektor zu sein, kommen für den Betriebsdirektor der Union (Lippstadt) nicht schnell genug wieder. Er will etwas nachhelfen. „Seine“ Arbeiter sollen ihm zum Stadtverordnetenmandat verhelfen. Unter den Listen zur Stadtverordnetenwahl prangt auch eine mit dem schönen Titel: Industrie und Arbeit. Spitzenkandidat ist der Betriebsdirektor der Union; daß unter den übrigen Zahlkandidaten auch der körperliche Vorstehende des gelben Werkvereins sich befindet, ist eine Selbstverständlichkeit. Zu bedauern sind die armen Menschen, die aus Angst um ihren Arbeitsplatz sich auf diese gelbe Liste setzen ließen. Wir wollen hoffen, daß die Belegschaft der Union nun endlich merkt, wie die Karten gemischt werden. Es ist gut, daß die Wahlen bis jetzt noch geheim sind. Die Belegschaft der Union sollte diese Wahl benutzen, dem Veranlasser dieses berüchtigten Systems eine gründliche Niederlage zu bereiten.

Es ändert sich für den Betrieb und auch für die Stadt gar nichts, ob einer von den zukünftigen Stadtverordneten den Namen ihres Fabrikdirektors trägt oder nicht. Mögen sie als politisch noch freie Männer diese Freiheit nutzen und jede Einmischung und Bevormundung durch die Werksleitung dadurch beantworten, daß sie nur Männer ihres Vertrauens ihre Stimme geben. Das gilt sowohl bei der Stadtverordnetenwahl, als auch bei der Betriebsratswahl.

H.

### Uhrenfabrik Bäuerle „hilft“ bei der Betriebsratswahl

In der Uhrenfabrik Matthias Bäuerle (St. Georgen im Schwarzwald) stellte bisher der Christliche Metallarbeiterverband den gesamten Betriebsrat. Die Schwierigkeiten waren in diesem Betrieb ganz außerordentlich groß und es bedurfte der Gewandtheit und des Geschickes der bisherigen Betriebsvertreter in höchstem Maße, um die schlimmsten Entrechtungen zu verhüten. Dadurch erwarb sich der Betriebsrat besonders der Vorstehende, eine derartige „Hochachtung“ bei den Arbeitgebern, daß man ihm bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten zu verstehen gab, daß auch er einmal „fliege“, wenn er den Schutz des Betriebsratsgesetzes nicht mehr habe. — Dieses Jahr nun sorgte die Firma dafür, daß Leute, die — wie einer der Firmeninhaber sagte — „noch zur Firma halten“, mit einer zweiten Liste kamen. Nach Aussage eines anderen Firmeninhabers, des Bruders des Vorzerwähnten, sollte diese zweite Liste kommen, weil die Mehrheit der Belegschaft es „verlange“. Sicher waren die Liebediener

droffen dabei, bis er im Frühjahr die Burgdorfer zu einer öffentlichen Prüfung einladen kann. Schon die Neugierde, in die seltsamen Karten des wunderlichen Fremdlinges zu blicken, treibt sie zahlreich herzu; aber nun sieht nicht mehr das Mitleid kopfschüttelnd da wie in Stans, es gibt eine wahre Verblüffung über die Fertigkeiten so junger Schüler, und die Schulkommission stellt ihm ein öffentliches Zeugnis aus, dankbar, daß er gerade Burgdorf für seine Lehrversuche gewählt habe. Diese Anerkennung macht ihn zitterig vor Freude, weil er nun endlich die Weite für seine Dinge geöffnet sieht, so daß er in seinem fünfundzwanzigsten Jahr trotz dem Ehrenbürgertum der französischen Republik wie ein belobter Schüler in die Ferien kommt und seiner Frau Anna das Zeugnis in den Schoß legt. Eigentlich bist du zu alt dazu, lächelt sie wehmütig mit dem Papier in der Hand: oder sollte die Zeit gekommen sein, wo die Großväter wieder zur Schule gehen? Aber er läßt sich sein Glück nicht erschüttern: „Man hat mir schon in meinen Knabenschuhen gepredigt, es sei eine heilige Sache um das von unten auf Dienen; ich achte es für die Krone meines Lebens, daß man mich mit grauen Haaren in der Schule von unten anfassen läßt!“

### Das Haus des Unrechts

Danach gibt es einen Erntesommer für Heinrich Pestalozzi, wie er noch keinen erlebte: die Bürger haben ihn dankbar zum Lehrer an der zweiten Knabenschule gemacht, darin er an die sechzig Knaben und Mädchen zu lehren hat; und kaum, daß er mit Krüsi überlegt, wie ihre Schulen sich vereinigen und, in Klassen eingeteilt, besser im Lehrplan einrichten lassen — nur an Raum fehlt es im Schulhaus, während im Schloß die schönsten Räumlichkeiten leer stehen — sind die Herren in Burgdorf und Bern gleich so dienstfertig, daß die Kinder schon zum Sommer auf dem Berg einrücken können. Als der Schloßhof von dem emsigen Gewirr ihrer Stimmen widerhallt, müssen die Knaben und Mädchen von der Linde ein Schweizerlied ins waldige Emmental hinunter-singen.

(Fortsetzung folgt.)

der Firma, wie auch deren Inhaber sehr schmerzlich enttäuscht, als die Abstimmung ergab, daß unter den fünf aus der Arbeiterschaft gewählten Betriebsratsmitgliedern nur einer von diesen treuen Schäfchen zum Zuge kam, während nach wie vor vier christliche Gewerkschaftler durch die Belegschaft die Treue bekundet bekamen. Es ist zu hoffen, daß diese vier planvoll wie bisher die Interessen der Belegschaft vertreten und daß das Aufstellen einer der Firma „genehmen“ Liste nur eine einmalige Erscheinung bleiben wird. Die Belegschaft hat es in der Hand, indem sie dafür sorgt, daß auch die bisher Unorganisierten als Mitglieder für den Christlichen Metallarbeiterverband gewonnen werden.

Pth.

### Württembergische Exportwirtschaft gegen Kontingentierung

Die Handelskammer Rottweil, zu der die großen Gebiete der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes, die württembergische Harmonika-Industrie und starke Teile der Feinmechanik, Schuh- und Textilindustrie gehören, befaßte sich mit den wichtigsten wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ereignissen des vergangenen Jahres. In dem Bericht von Syndikus Dr. K e m l e r wurde besonders hingewiesen auf die handelspolitischen Beziehungen zum Ausland und die Bestrebungen der Landwirtschaft, wie sie vom Landbund in volkswirtschaftlich schädigender Weise vertreten werden. Einstimmig angenommen wurde eine Entschliebung, in der es heißt:

„Der Reichslandbund ist in einer Entschliebung mit der Behauptung an die Öffentlichkeit getreten, daß „die Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ andauere. Dieser ungeheuerliche Angriff hat in der Exportindustrie eine begreifliche Entrüstung hervorgerufen. Die demagogische und verlebende Form der Entschliebung verrät eine geistige Einstellung zu den Lebensfragen von Volk und Nation, die jedes Verständnis der Verfasser für den Gedanken der Schicksalsverbundenheit und Notgemeinschaft des deutschen Volkes vermissen läßt. Mit der Verheerung der von der Krise hart betroffenen Landwirtschaft und der gehässigen Verleumdung anderer Berufsgruppen ist die Not, die alle Stände und Berufe erfaßt hat, nicht zu beseitigen.“

Die Notlage der Landwirtschaft wird von der Exportindustrie nicht bestritten. Inmitten einer schweren Wirtschaftskrise kann leider kein Berufsstand von der allgemeinen Not verschont bleiben. Die Not ist aber bei den Arbeitern, die durch die Absatzschwierigkeiten der Exportindustrie arbeitslos geworden sind, nicht weniger groß als bei der Landwirtschaft. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind deswegen so niedrig, weil die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung auf ein Mindestmaß herabgesunken ist. Diese Kaufkraft wieder zu heben, liegt auch im ureigensten Interesse der Landwirtschaft. Man kann einen Stand nicht dadurch retten, daß man die Not des anderen geflissentlich übersieht.

Die Not, in der wir uns alle befinden, ist eine gemeinsame Not, die uns verbindet und nicht trennen sollte. Die gemeinsame Not erfordert daher ein Zusammenstehen und Zusammenhelfen aller Berufe und aller Stände.“

... ng.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 19. März 1933, ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter:

#### Hauptteil:

Am Tage nach der nationalen Revolution (G. W.), S. 125. Die Gewerkschaften in Deutschlands schwerster Zeit, S. 127. Die Großbourgeoisie in Deutschlands schwerster Zeit (...), S. 127. Aus der Arbeit unserer Betriebsvertreter (Ungert), S. 129. Kontingentierung — eine wirtschaftsfördernde Maßnahme! (Dr. Küpper), S. 130. Die moderne Lehrlingsauslese, Mensch und Betrieb (Scholz-Roesner), S. 132.

#### Verbandsgebiet:

Jubilarehrung in Verichsweller bei Düren (S.), S. 133. Dortmund-Nord macht sich (Kürpf); Götlich wirbt (Fritz Römisck); Generalversammlung Linen (A. Gratias), S. 134. Und in Osterath! (S. Rasen), S. 134. Werden voran (Franz Dau), S. 135.

#### Aus den Betrieben:

Wieder mal die „Union“, Lippstadt (S.), S. 135. Uhrenfabrik Bäuerle „hilft“ bei der Betriebsratswahl (Pth.); Württembergische Exportwirtschaft gegen Kontingentierung (... ng.), S. 136.

#### Unterhaltung:

Pestalozzi (Wilhelm Schäfer), S. 133.

#### Bekanntmachung:

Seite 136.

Schriftleitung: Georg Wieber — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei, s. G. m. b. H., Duisburg.